



VOX-Analyse Juni 2023

Nachbefragung und Analyse
zur eidgenössischen Volksabstimmung vom 18. Juni 2023

Projektteam

Lukas Golder: Co-Leiter

Tobias Keller: Projektleiter

Marco Bürgi: Projektleiter

Corina Schena: Junior Projektleiterin

Ronja Bartlome: Data Scientist

Alessandro Pagani: Stage Data Science

Margret Tschanz: Projektmitarbeiterin / Mitarbeiterin Administration

Roland Rey: Mitarbeiter Administration

Inhaltsverzeichnis

1	DIE ZENTRALEN BEFUNDE	4
2	DIE BETEILIGUNG	8
3	DIE MEINUNGSBILDUNG	13
3.1	Die Bedeutung der Vorlagen	13
3.2	Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt	13
3.3	Die Informationsgewinnung	14
4	OECD/G20-MINDESTBESTEUERUNG	17
4.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	17
4.2	Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen	18
4.3	Die Motive	21
4.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	24
5	KLIMA- UND INNOVATIONSGESETZ	26
5.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	26
5.2	Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen	27
5.3	Die Motive	31
5.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	33
6	COVID-19-GESETZ	35
6.1	Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen	35
6.2	Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen	35
6.3	Die Motive	39
6.4	Die Resonanz der Abstimmungsargumente	41
7	ANHANG	44
7.1	Technischer Bericht	44
7.2	Über die Studie	48
7.3	gfs.bern-Team	50

1 Die zentralen Befunde

Die Abstimmung am 18. Juni 2023 zeugte von einer tiefen Stimmbeteiligung. Lediglich 42 Prozent der Stimmberechtigten nahmen an der Abstimmung teil. Nachdem die durchschnittliche Stimmbeteiligung im Jahr 2021 auf 57 Prozent geschnellt war, war sie bereits im darauffolgenden Jahr rückläufig und pendelte sich mit 45 Prozent auf dem langjährigen Niveau von vor der Pandemie ein. Die OECD/G20-Mindestbesteuerung wurde mit einer klaren Mehrheit von 78,5 Prozent angenommen. Die Stimmenden wollten damit verhindern, dass Gelder von Grossunternehmen ins Ausland abfliessen. Kritik an der Vorlage wurde einzig von den SP-Delegierten laut. Sympathisierende der SP legten dennoch mehrheitlich ein Ja in die Urne. Für das Klima- und Innovationsgesetz gab es ein klares Ja von linksausen bis über die politische Mitte hinaus. Das Ziel, bis ins Jahr 2050 klimaneutral zu sein, war anders als noch vor zwei Jahren, mehrheitsfähig. Im Juni 2021 wurde das CO₂-Gesetz von der Schweizer Stimmbevölkerung abgelehnt. Es lassen sich zusammengefasst zwei relevante Unterschiede zwischen den beiden Abstimmungssonntagen und ihrem Ausgang erkennen: Die Mobilisierung der Stimmbevölkerung sowie das Stimmverhalten der Mitte- und der FDP-Sympathisierenden. Personen, die sich rechtsausen positionieren, auf dem Land leben oder mit der SVP, der FDP oder keiner spezifischer Partei besonders sympathisieren, gaben nach der Abstimmung über das CO₂-Gesetz massiv stärker an, teilgenommen zu haben. Wie sich in der vorliegenden VOX-Analyse zeigt, haben 64 Prozent der Mitte- und 66 Prozent der FDP-Sympathisierenden für das Klima- und Innovationsgesetz gestimmt. Beim CO₂-Gesetz hatten lediglich 47 Prozent der Mitte- und 37 Prozent der FDP-Sympathisierenden ein Ja in die Urne gelegt. Im Umfeld der Mitte und der FDP war der akute Handlungsbedarf im Bereich Umwelt- und Klimaschutz ein häufiges Ja-Motiv. Trotz deutlich tieferer Stimmbeteiligung blieb der Ausgang der dritten Abstimmung zum Covid-19-Gesetz derselbe. Rund 62 Prozent der Stimmbevölkerung, wie bereits im November 2021 bei der zweiten Abstimmung über das Covid-19-Gesetz, haben für die Vorlage gestimmt. Das Stimmverhalten gestaltete sich jedoch polarisierter. Das linke und das rechte Lager rückten weiter auseinander. Dies belegen die Resultate der Befragung von 3'143 Stimmberechtigten der VOX-Analyse Juni 2023. Die Studie wurde von gfs.bern durchgeführt und von der Bundeskanzlei finanziert.

Mehr internationale Steuergerechtigkeit dank dem Fokus auf Grossunternehmen OECD/G20-Mindestbesteuerung

Das OECD/G20-Projekt sieht eine Mindestbesteuerung von 15 Prozent für grosse international tätige Unternehmensgruppen mit einem Jahresumsatz von mindestens 750 Millionen Euro vor. Die Verfassungsänderung wurde mit einem 78,5 Prozent Ja-Anteil überaus deutlich angenommen.

Im Vordergrund für diese klare Mehrheit, gemessen an den Argumenten und den Ja-Motiven, stand der Wille, dass keine Gelder ins Ausland abfliessen. Ausserdem wurde es als gerecht beurteilt, dass gezielt internationale Unternehmensgruppen betroffen sind. Die Stossrichtung der Vorlage überzeugte gemessen an den beurteilten Argumenten (Fokus auf Grossunternehmen, zusätzliche Mittel für die Standortattraktivität, Verhinderung von Steuerflucht) sogar die Nein-Stimmenden mehrheitlich.

Die minderheitliche Kritik an der Vorlage kam in erster Linie aus dem Umfeld der SP, deren Delegierte eine Nein-Parole fassten. Die Basis teilte die Kritik nur bedingt, denn 63 Prozent der SP-Anhängerschaft stimmte für die Vorlage. Wer allerdings Nein stimmte, tat dies oft mit dem Verweis auf den Verteilschlüssel, wollte keine zusätzliche Anheizung des interkantonalen Steuerwettbewerbs und wünschte mehr Steuergerechtigkeit. Die Kritik aus libertärer Sicht, beispielsweise mit dem Verweis auf die Steuersouveränität der Schweiz, überzeugte kaum.

Ein klares Ja von linksausen bis über die politische Mitte hinaus: Vorlage ist trotz Gegenwind von rechts erfolgreich

Klima- und Innovationsgesetz

Das Klima- und Innovationsgesetz ist der vom Bundesrat und Parlament ausgearbeitete indirekte Gegenvorschlag zur Volksinitiative "Für ein gesundes Klima" (Gletscher-Initiative). Die SVP hat gegen das "Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit" das Referendum ergriffen. Der indirekte Gegenvorschlag zielt nach wie vor auf eine klimaneutrale Schweiz bis ins Jahr 2050 ab. Das Gesetz setzt hierbei auf Subventionen und nicht auf Verbote. Einzig die SVP, die das Referendum ergriffen hat, spricht sich als einzige grosse Partei gegen das Gesetz aus. Mit einem Ja-Anteil von 59,1 Prozent wurde das Klima- und Innovationsgesetz am 18. Juni 2023 angenommen.

Bei dieser Vorlage zeigte sich aufgrund der politischen Merkmale ein klarer Graben. Personen, die sich selbst rechtsausen positionieren und/oder ihre Sympathie für die SVP aussprechen, haben das Klima- und Innovationsgesetz deutlich abgelehnt. Mit Bezug auf die soziodemografischen Merkmale lässt sich einzig bei der Bildung ein Graben zwischen den Subgruppen erkennen. Personen, die als höchste abgeschlossene Ausbildung keine nachobligatorische Bildung oder eine berufliche Grundausbildung/Berufslehre vorzuweisen haben, lehnten die Vorlage ab (44% Ja-Anteile).

Vor rund zwei Jahren scheiterte das CO₂-Gesetz an der Urne. Das Ziel bis ins Jahr 2050 klimaneutral zu werden, fand damals keine Mehrheit. Mit der Annahme des Klima- und Innovationsgesetzes ist dieses Ziel nun erreicht. Die Ausgangslagen der Jahre 2021 und 2023 unterscheiden sich stark: Am Abstimmungssonntag, an welchem über das CO₂-Gesetz abgestimmt wurde, standen unter anderem auch zwei Agrarinitiativen zur Abstimmung. Die SVP und der Bauernverband hatten durch ihre Kampagne gegen die beiden Agrarinitiativen eine ausserordentliche Mobilisierung der ländlichen Bevölkerung bewirkt. Diese Mobilisierung führte letztendlich zur Ablehnung des CO₂-Gesetzes. Die Stimmbeteiligung beim Klima- und Innovationsgesetz lag bei lediglich 42,5 Prozent. Personen, die sich rechts bis rechtsausen positionieren, haben deutlich weniger häufig an der Abstimmung zum Klima- und Innovationsgesetz als zum CO₂-Gesetz teilgenommen (-30 resp. -25 Prozentpunkte). Ebenso zeigt sich dies bei der Teilnahme der Sympathisierenden der SVP (-24 Prozentpunkte) und bei der ländlichen Bevölkerung insgesamt (-25 Prozentpunkte). Nicht nur in Bezug auf die Mobilisierung konnten Unterschiede zwischen den beiden Vorlagen eruiert werden, sondern auch beim Abstimmungsverhalten nach Parteipräferenz. Das Klima- und Innovationsgesetz wurde von

Sympathisierenden der Mitte (64% Ja-Anteil) und der FDP (66% Ja-Anteil) klar angenommen. Das CO₂-Gesetz hingegen fiel vor zwei Jahren bei den Sympathisierenden dieser beiden Parteien durch (Mitte: 47% Ja-Anteil, FDP: 37% Ja-Anteil).

Für die Ja-Stimmenden war bei der Vorlage eine langfristig sichere Energieversorgung ohne fossile Energieträger und der Umstieg auf klimafreundlichere Heizungen ohne Belastung durch neue Steuern besonders relevant. Beide Argumente wurden von 88 Prozent der Befürwortenden unterstützt. Mit anderen Worten: Das Bewusstsein für die Klimaproblematik ist vorhanden und ihr soll mit einer möglichst geringen finanziellen Belastung der Bevölkerung entgegengewirkt werden. Bei den Sympathisierenden der Mitte wird das Argument für eine langfristig sichere Energieversorgung ohne fossile Energieträger mit einer Zustimmung von 74,6 Prozent am besten bewertet. Hingegen schneidet bei den Sympathisierenden der FDP das Argument rund um den Umstieg auf klimafreundlichere Heizungen ohne Belastung durch neue Steuern besser ab (69,9%).

Verlängerung des Covid-19-Gesetzes von einer breiten Mehrheit abgestützt Covid-19-Gesetz

Das Schweizer Stimmvolk stimmte am 18. Juni 2023 zum dritten Mal über das Covid-19 Gesetz ab. Mit 61,9 Prozent nahm die Stimmbevölkerung die Verlängerung des Covid-19-Gesetzes deutlich an.

Das Covid-19-Gesetz schafft eine rechtliche Grundlage für schnelles Handeln und eine gezielte Eindämmung der Pandemie. Obwohl sich die Situation in den vergangenen Monaten entspannt hat, bleibt der weitere Verlauf ungewiss. Daher hat das Parlament beschlossen, bestimmte Massnahmen bis Mitte 2024 zu verlängern. Dadurch können die Behörden schnell reagieren, um besonders gefährdete Personen und das Gesundheitssystem vor einer möglichen Verschlechterung zu schützen. Zudem können weiterhin Medikamente gegen Covid-19, die in der Schweiz noch nicht zugelassen sind, importiert und für die Behandlung erkrankter Personen eingesetzt werden. Mit der Annahme des Covid-19-Gesetzes besteht weiterhin die Möglichkeit, Zertifikate auszustellen, die im internationalen Reiseverkehr gültig sind.

Obwohl die Stimmbeteiligung im Vergleich zur letzten Abstimmung über das Covid-19-Gesetz im November 2021 deutlich tiefer ausfiel (-23,2 Prozentpunkte), bleibt der Ja-Anteil weiterhin bei rund 62 Prozent. Das Stimmverhalten zum Covid-19-Gesetz zeigte sich bei der Abstimmung am 18. Juni 2023 in Bezug auf die politischen Merkmale stärker polarisiert: Die Zustimmung im linken Lager und die Ablehnung im rechten Lager nahmen zu. Zudem ist der Ja-Anteil der SVP-Sympathisierenden gesunken (-8 Prozentpunkte). Bei den Sympathisierenden der restlichen grossen Parteien war ein Zuwachs der Zustimmung zu erkennen. Staatskritische Personen lehnten das Covid-19-Gesetz weiterhin deutlich ab.

Tiefe Mobilisierung und tiefe persönliche Bedeutung mit Ausnahme des Klima- und Innovationsgesetzes

Die Beteiligung

Die Beteiligung am 18. Juni 2023 ist mit rund 42 Prozent im langjährigen Schnitt unterdurchschnittlich. Für die Analyse der Unterschiede zur Abstimmung über das CO₂-Gesetz ist die viel geringere Stimmbeteiligung bei der Abstimmung über das Klima- und Innovationsgesetz wesentlich.

Die persönliche Bedeutung der Vorlagen im Juni ist insgesamt ebenfalls eher unterdurchschnittlich: Während die OECD/G20-Mindestbesteuerung mit 6.1 (von 10) und das Covid-19-Gesetz mit 6.3 von tendenziell tiefer Bedeutung waren, zeigte sich beim Klima- und Innovationsgesetz mit 7.9 eine relativ hohe Bedeutung. Die persönliche Bedeutung des CO₂-Gesetzes wurde im Juni 2021 ebenfalls mit einem durchschnittlichen Wert von 7.9 eingestuft. Beim Covid-19-Gesetz flacht das Niveau mit dem Rückgang der Pandemie ab: Im November 2021 war die persönliche Bedeutung noch überdurchschnittlich hoch (8.8).

Die Abstimmungsvorlagen

An der Abstimmung vom 18. Juni 2023 hatte das Schweizer Stimmvolk über drei Vorlagen zu entscheiden. Die OECD/G20-Mindestbesteuerung, das Klima- und Innovationsgesetz sowie das Covid-19-Gesetz wurden angenommen.

2 Die Beteiligung

Am 18. Juni 2023 haben die Schweizer Stimmberechtigten über folgende drei Vorlagen abgestimmt:

1. Umsetzung des OECD/G20-Projekts zur Besteuerung grosser Unternehmensgruppen (OECD/G20-Mindestbesteuerung)
2. Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit (Klima- und Innovationsgesetz)
3. Änderung vom 16. Dezember 2022 des Covid-19-Gesetzes (Covid-19-Gesetz)

Die Stimmbeteiligung betrug bei der OECD/G20-Mindestbesteuerung rund 42,4 Prozent, bei den beiden anderen Vorlagen jeweils 42,5 Prozent.¹ Die Legislatur brachte sehr unterschiedliche Beteiligungsraten. Das Jahr 2021 mit vier Abstimmungsterminen brachte mit 57,2 Prozent die höchste durchschnittliche Beteiligung seit 1971. Rechnet man seit 1990 so war die Beteiligung 2020 mit durchschnittlich 49,3 Prozent noch das Jahr mit der fünfthöchsten Beteiligung. Am 16. Februar 2022 wurden die Covid-Massnahmen grösstenteils aufgehoben. Das Jahr 2022 befindet sich mit 45,4 Prozent durchschnittlicher Beteiligung noch auf Rang 14 bei drei eidgenössischen Abstimmungsterminen. Im Wahljahr 2023 dürfte es bei einem Termin und damit den 42,5 Prozent bleiben. Das wäre noch gerade Rang 23 seit 1990. Bereits die jeweils zwei Abstimmungstermine der Wahljahre 2015 (42,8%) und 2019 (40,9%) mobilisierten durchschnittlich nur wenige Stimmberechtigte².

In Tabelle 1 wird die geschätzte Stimmbeteiligung anhand einiger ausgewählter soziodemografischer Merkmale ausgewiesen. Jüngere nehmen in hohem Mass je nach Vorlagen-Interesse teil, während gerade bei älteren Männern die Teilnahme noch als Bürgerpflicht verstanden wird. Das erklärt weiterhin die hohen Unterschiede nach Alter und die insgesamt geringfügigen Unterschiede nach Geschlecht mit. Klar überdurchschnittlich haben sich Männer und Frauen über 65 Jahren beteiligt (62% resp. 54%), klar unterdurchschnittlich die Altersgruppe der 18- bis 39-Jährigen (ca. 33%).

Ein akademischer Bildungshintergrund und die Zugehörigkeit zu einer höheren Einkommensschicht befördern wie üblich die systematische Beteiligung unabhängig vom Interesse an den einzelnen Vorlagen.

Von besonderem Interesse in der Legislatur nach der "Klimawahl 2019" mit insgesamt 26 Sitzgewinnen der Grünen und der Grünliberalen ist der Vergleich mit der Abstimmung vom 13. Juni 2021. Damals wurde über fünf Vorlagen abgestimmt, unter anderem über das CO₂-Gesetz, das gemäss VOX-Analyse insbesondere wegen der spezifischen Mobilisierung abgelehnt wurde. Spannend ist der Vergleich ausserdem, weil an beiden Abstimmungsterminen über Referenden gegen das Covid-19-Gesetz abgestimmt wurde. Die Beteiligung betrug damals rund 60 Prozent³. Der Unterschied der Beteiligung insgesamt machte 18 Prozentpunkte aus.

¹ [Link zu bfs.admin.ch](#)

² [Link zu bfs.admin.ch](#)

³ [Link zur VOX-Analyse](#)

Als **Schlüsselgruppen zur Diskussion der Mobilisierungseffekte** definieren wir Gruppen mit geschätzten Unterschieden von mehr als 20 Prozentpunkten (starke Zusatzmobilisierung am 13. Juni 2021) und solche mit Unterschieden unter 10 Prozentpunkten (geringe Zusatzmobilisierung am 13. Juni 2021). Demnach sind die soziodemografischen Schlüsselgruppen, die bei der Abstimmung vom 13. Juni 2021 deutlich stärker mobilisiert waren:

- 18- bis 29-Jährige (54% im Vergleich zu 32%)
- Personen ohne nachobligatorische Bildung (52% im Vergleich zu 32%)

Tabelle 1: geschätzte Beteiligung nach soziodemographischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Total	42.5	3093	
Alter			V=.19***
18-29 Jahre	32	396	± 4.6
30-39 Jahre	34	436	± 4.5
40-49 Jahre	37	505	± 4.2
50-59 Jahre	41	654	± 3.8
60-69 Jahre	50	553	± 4.2
70 Jahre und älter	59	549	± 4.1
Geschlecht			V=.02
Frauen	41	1652	± 2.4
Männer	44	1441	± 2.6
Geschlecht und Alter			V=0.2***
Frauen / 18-39 Jahre	32	455	± 4.3
Männer / 18-39 Jahre	33	377	± 4.8
Frauen / 40-65 Jahre	40	754	± 3.5
Männer / 40-65 Jahre	41	700	± 3.7
Frauen / 65+ Jahre	54	443	± 4.6
Männer / 65+ Jahre	62	364	± 5
Bildungsgrad			V=.12***
ohne nachobligatorische Bildung	32	334	± 5
berufliche Grundbildung/Berufslehre	40	1005	± 3
Maturität/höhere Berufsbildung	43	798	± 3.4

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	51	831	± 3.4
Haushaltseinkommen			V=.08**
bis 3'000 CHF	35	157	± 7.5
3'000-5'000 CHF	40	384	± 4.9
5'000-7'000 CHF	43	480	± 4.4
7'000-9'000 CHF	41	483	± 4.4
9'000-11'000 CHF	46	368	± 5.1
über 11'000 CHF	49	694	± 3.7
Siedlungsart			V=.03
ländlich	40	870	± 3.3
kleine/mittlere Agglomeration	43	1259	± 2.7
grosse Agglomeration	44	964	± 3.1

Angegeben ist jeweils die ungewichtete Anzahl Befragter (n) in jeder Merkmalsgruppe (Konfidenzniveau = 95%).

Cramér's V-Tests (auf die Abhängigkeit der Variablen, d.h. H0: V=0) und Standardfehler. *** = $p < 0.001$, ** = $p < 0.01$, * = $p < 0.05$.

Die politische Orientierung und die politische Bindung sind von grösserer Bedeutung als die soziodemographischen Hintergründe der Befragten, um die Mobilisierung zu erklären (Tabelle 2).

Auf den ersten Blick zeigt die Mobilisierung nach den politischen Lagern wenig Auffälligkeiten. Die Mobilisierung war bei Personen, die sich selber (deutlich) links oder rechts der Mitte positionieren, ungefähr gleich viel stärker als bei Personen, die sich in der Mitte (34%) positionieren. Ein gewisses politisches Profil lässt sich anhand der Variable Parteisympathie erkennen: Die Sympathisierenden der Grünen (59%) und der Grünliberalen (60%) waren stärker mobilisiert als die übrigen Anhängerschaften. Die Anhängerschaften der FDP (43%) und der Mitte (44%) waren am wenigsten mobilisiert. Wie üblich gibt es einen sehr starken Zusammenhang entlang des politischen Interesses, während die Mobilisierung weitgehend unabhängig davon war, ob man der Regierung vertraut oder misstraut.

Die Schlüsselgruppen anhand der politischen Merkmale beim Vergleich der Mobilisierung vom 13. Juni 2021 und dem 18. Juni 2023 zeigen mehr Auffälligkeiten. Eine **hohe Zusatzmobilisierung** für die Abstimmung vom 13. Juni 2021 lässt sich bei den folgenden Gruppen erkennen:

Personen, die sich rechtsausser positionieren (87% im Vergleich zu 57%)

Personen, die sich rechts positionieren (71% im Vergleich zu 46%)

Sympathisierende mit der SVP (73% im Vergleich zu 49%)

Personen ohne Parteibindung (43% im Vergleich zu 22 %)

Personen, die auf dem Land leben (65% im Vergleich zu 40%)

Personen mit hohem (aber nicht sehr hohem) Vertrauen in die Regierung (65% im Vergleich zu 45%)

Eine **GERINGE ZUSATZMOBILISIERUNG** lässt sich bei den folgenden Gruppen erkennen:

Personen, die sich linksausser positionieren (62% im Vergleich zu 56%)

SP-Anhängerschaft (59% im Vergleich zu 48%)

Grüne-Anhängerschaft (68% im Vergleich zu 59%)

GLP-Anhängerschaft (72% im Vergleich zu 60%)

Tabelle 2: Beteiligung nach politischen Merkmalen (in % der Stimmberechtigten)

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	n	Cramér's V / Standardfehler
Total	42.5	3093	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=.18***
linksausser (0-2)	56	337	± 5.3
links (3,4)	51	546	± 4.2
Mitte (5)	34	823	± 3.2
rechts (6,7)	46	590	± 4
rechtsausser (8-10)	57	394	± 4.9
Parteisympathie			V=.22***
SVP	49	535	± 4.2
FDP	43	476	± 4.5
Die Mitte	44	309	± 5.5
GLP	60	210	± 6.6
SP	48	476	± 4.5
Grüne	59	212	± 6.6
andere Partei	49	167	± 7.6
keine	22	321	± 4.5
Politisches Interesse			V=.43***
sehr interessiert	78	453	± 3.8
eher interessiert	54	1514	± 2.5
eher nicht interessiert	23	850	± 2.8
überhaupt nicht interessiert	11	225	± 4

Merkmale	Stimmbeteiligung (%) (gewichtet)	n	Cramér's V / Standardfehler
Vertrauen in den Bundesrat			V=.03
sehr gering bis gering (0-4)	44	412	± 4.8
mittel (5)	41	554	± 4.1
hoch (6-7)	45	780	± 3.5
sehr hoch (8-10)	44	1192	± 2.8

Wie an vielen Abstimmungen gab das Gros der Stimmbevölkerung, die nicht abgestimmt hat, an, dass sie vergessen haben teilzunehmen (35%) resp. verhindert waren (27%). 10 Prozent gaben an, dass die Themen nicht interessierten, was ein etwas höherer Wert als üblich darstellt. Entscheidungsschwierigkeiten gaben 9 Prozent an, während 8 Prozent denken, dass Abstimmungen an sich keinen Unterschied machen. Weitere 5 Prozent glauben, dass es auf eine einzelne Stimme nicht ankommt. Als zu komplex beurteilten 7 Prozent die Vorlagen – gleichviele nehmen aus Prinzip nie teil. 6 Prozent glauben, dass das die Ergebnisse klar waren. 2 Prozent misstrauen den demokratischen Strukturen.

Tabelle 3: Gründe für die Nicht-Teilnahme an der Abstimmung (in % der Nicht-Teilnehmenden)

Gründe für Nicht-Teilnahme	Anteil (%)	N
Ich habe vergessen, an der Abstimmung teilzunehmen.	35	442
Ich war verhindert.	27	292
Die Abstimmungsthemen haben mich nicht interessiert.	10	115
Ich konnte mich nicht entscheiden.	9	104
Ich bin der Meinung, dass Abstimmungen sowieso nichts ändern.	8	80
Die Abstimmungsthemen waren zu kompliziert.	7	82
Ich nehme aus Prinzip nie an Abstimmungen teil.	7	75
Ich bin davon ausgegangen, dass das Abstimmungsergebnis klar gewesen ist.	6	61
Ich bin der Meinung, dass es auf meine einzelne Stimme sowieso nicht ankommt.	5	58
Ich misstrau demokratischen Prozessen.	2	25
weiss nicht / keine Angabe	6	71

Die Fallzahl der Nicht-Teilnehmenden beträgt 1169. Mehrfachnennungen waren möglich.

3 Die Meinungsbildung

3.1 Die Bedeutung der Vorlagen

Die befragten Personen wurden gebeten, die Bedeutung jeder Vorlage für sie persönlich anzugeben (Tabellen 4 und 5). Im Mittel betrug diese auf einer Skala von 0–10 für die OECD/G20-Mindestbesteuerung 6.1, für das Klima- und Innovationsgesetz 7.9 und für die Revision des Covid-19-Gesetzes 6.3. Damit war das Klima- und Innovationsgesetz mit Abstand die wichtigste Vorlage für die Stimmbevölkerung. Interessant ist der Vergleich der drei Abstimmungen über das Covid-19-Gesetz. Die erste Referendumsabstimmung brachte einen Wert von 7.0 und gehörte noch im Juni 2021 zu den weniger bedeutenden Vorlagen, die zweite im November 2021 war dann die Leadvorlage mit 8.8, was dem höchsten Wert der Legislatur entspricht und auch die höchste Beteiligungsrate der Legislatur brachte. Mit 6.3 ist die Diskussion um das Covid-19-Gesetz auch aus Sicht der zugeschriebenen persönlichen Bedeutung sehr stark in den Hintergrund gerückt.

Tabelle 4: persönliche Bedeutung der Vorlagen
(Anteile Bedeutungswahrnehmung in % der Ja- oder Nein-Stimmenden)

Bedeutungsniveau	OECD/G20-Mindestbesteuerung		Klima- und Innovationsgesetz		Covid-19-Gesetz	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
sehr gering (0-1)	7	94	3	42	9	134
gering (2-4)	17	266	7	104	15	244
mittel (5)	18	314	8	120	15	258
hoch (6-8)	40	680	33	629	34	637
sehr hoch (9-10)	18	306	50	856	27	478
Mittelwert (total)	6.1	1660	7.9	1751	6.3	1751

Bemerkungen: Es fliessen nur Personen in die Auswertung ein, die entweder Ja oder Nein stimmten. Weiss nicht-Antworten und Antwortverweigerungen wurden nicht berücksichtigt. Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann das Total geringfügig von 100 Prozent abweichen.

3.2 Die Verständnisschwierigkeiten und der Entscheidungszeitpunkt

Die Covid-19-Entscheidung fiel 89 Prozent "eher leicht", was ein sehr hoher Wert ist. Gegenüber der zweiten Covid-19-Abstimmung ist der Anstieg nicht mehr deutlich. Bereits damals fiel die Entscheidung 85 Prozent eher leicht. Auch die 84 Prozent, die keine grösseren Entscheidungsschwierigkeiten beim Klima- und Innovationsgesetz hatten, sind ein hoher Wert. Mit 37 Prozent bekundeten mehr als ein Drittel gewisse Entscheidungsschwierigkeiten bei der OECD/G20-Mindestbesteuerung. Es war damit für viele Befragte die schwierigste Entscheidung an diesem Abstimmungstag.

Tabelle 5: Verständnisschwierigkeit (in % der Stimmenden)

Verständnisschwierigkeiten	OECD/G20-Mindestbesteuerung		Klima- und Innovationsgesetz		Covid-19-Gesetz	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
eher leicht	63	1005	84	1409	89	1465
eher schwer	37	590	16	292	11	204
N (total)		1595		1701		1669

Die Befragten gaben an, wann sie sich für ein Ja oder Nein entschieden haben (Tabelle 6). Bei der OECD/G20-Mindestbesteuerung gaben 46 Prozent an, von Anfang an entschieden gewesen zu sein, 38 Prozent entschieden sich erst im Abstimmungskampf und 16 Prozent im letzten Moment. Das sind für viele ausserordentlich späte Entscheidungszeitpunkte. Wesentlich stärker vorbestimmt waren die beiden anderen Vorlagen. Im Bereich von drei Viertel der Befragten gaben beim Klima- und Innovationsgesetz sowie beim Covid-19-Gesetz an, von Anfang entschieden gewesen zu sein.

Tabelle 6: Entscheidungszeitpunkt (in % der Stimmenden)

Entscheidungszeitpunkt	OECD/G20-Mindestbesteuerung		Klima- und Innovationsgesetz		Covid-19-Gesetz	
	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n	Stimmende in %	n
von Anfang an klar	46	780	74	1231	78	1306
während Abstimmungskampf	38	600	20	370	15	278
im letzten Moment	16	264	6	135	7	132
N (total)		1644		1736		1716

3.3 Die Informationsgewinnung

Die Informationskanäle, mit denen sich die Stimmenden über die Abstimmungsvorlagen informiert haben, entsprechen grundsätzlich dem Bild vorhergehender Abstimmungen (Tabelle 7). Zum einen wird der Anteil der Nutzenden angegeben, zum anderen die Intensität (Skala: 1-10), mittels der sie sich mit diesem Medium informiert haben.

Das Bundesbüchlein (83%), Artikel in Zeitungen (81%) und Abstimmungssendungen im Fernsehen (72%) waren wie meistens die drei zentralen Informationskanäle, um sich über die Vorlagen zu informieren. Diese Quellen wurden mit Mittelwerten von 5.9 bis 6.6 auch intensiver als alle übrigen beachtet.

Newsseiten im Internet sowie Abstimmungszeitungen oder Flyers folgen mit über 60 Prozent Nutzungsanteil. Das Radio nutzten genau 60 Prozent, aber dieser Teil nutzte die Quelle intensiv (5.5). Während genau die Hälfte Meinungsumfragen beachtete, waren es

bei Strassenplakaten, Leserbriefen/Forumsbeiträgen und Inseraten in Zeitungen noch über die Hälfte.

Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen, Mitteilungen am Arbeitsplatz sowie Videoclips in sozialen Medien und Filme wurden von etwas mehr als einem Drittel genutzt. Soziale Medien nutzten 32 Prozent. Die Vote-Info-App wurde noch etwas weniger beachtet (29%), aber dann mit vergleichsweise hoher Intensität genutzt (5.0).

Tabelle 7: Mediennutzung (Anteile in % der Stimmenden)

Informationskanäle	Nutzungsanteil in %	Nutzungsintensität Mittelwert	Anzahl Nennungen (ungewichtet)
das Bundesbüchlein	83	6.6	1610
Artikel in Zeitungen	81	6.3	1563
Abstimmungssendungen am Fernsehen	72	5.9	1409
News-Seiten im Internet	65	5.2	1259
Abstimmungszeitungen oder Flyers	62	4.7	1206
Abstimmungssendungen am Radio	60	5.5	1189
Strassenplakate	57	3.6	1065
Leserbriefe in Zeitungen oder Leserkommentare in Internetforen	56	4.3	1046
Inserate in Zeitungen	53	4	1023
Meinungsumfragen	50	4.1	941
Kommentare auf Online-Nachrichtenportalen	42	4.3	828
Mitteilungen am Arbeitsplatz	36	4.2	668
Filme und Videoclips im Internet zum Beispiel auf Youtube	35	4.3	638
soziale Medien wie Facebook, Twitter oder Instagram	32	4.3	612
VoteInfo-App vom Bund	29	5	549

Gewichtete Resultate. Bemerkungen: Die zweite Spalte ("Nutzungsanteil in %") gibt den Anteil Stimmender an, welche die jeweiligen Informationskanäle genutzt haben. Die dritte Spalte ("Nutzungsintensität") informiert hingegen darüber, wie stark das jeweilige Medium genutzt wurde (arithmetischer Mittelwert der Nutzungsintensität zwischen 1 und 10). Dafür wurden nur die Angaben der tatsächlichen Nutzerinnen und Nutzer des jeweiligen Mediums berücksichtigt. Total: n = 1'924.

Die grundsätzliche Mediennutzung hat bei der OECD/G20-Mindestbesteuerung und beim Klima- und Innovationsgesetz keinen starken Zusammenhang mit der Richtung der Stimmabgabe. Einen signifikanten Zusammenhang zwischen Stimmverhalten und grundsätzlicher Mediennutzung gibt es beim Covid-19-Gesetz. Personen, die sich eher online informieren, stimmten zu 58 Prozent für das Covid-Gesetz. Wer online und offline in gleichem Ausmass nutzt, stimmte zu 60 Prozent für das Gesetz. Personen, die sich vor allem offline informieren, stimmten zu 69 Prozent und damit deutlicher für das Gesetz als Personen, die sich stärker online orientierten.

Tabelle 8: Polit-Informationsmodus (in % der Stimmenden)

Kommunikationskanäle	OECD/G20-Mindestbesteuerung			Klima- und Innovationsgesetz			Covid-19-Gesetz		
	Ja-Stimmende in %	n	Standardfehler	Ja-Stimmende in %	n	Standardfehler	Ja-Stimmende in %	n	Standardfehler
online (über das Internet)	81	331	± 4.3	60	348	± 5.2	58	346	± 5.2
beides etwa gleich	77	685	± 3.1	58	688	± 3.7	60	689	± 3.7
offline (Printmedien, Fernsehen oder Radio)	80	653	± 3.1	63	659	± 3.7	69	662	± 3.5
N (total) / Cramér's V		1669	V=.04		1695	V=.05		1697	V=0.1

Gewichtete Resultate. Lesebeispiel: Von allen, die als Kommunikationskanal "online" angegeben und bei der OECD/G20-Mindestbesteuerung abgestimmt haben, stimmten 81 Prozent Ja zur OECD/G20-Mindestbesteuerung.

4 OECD/G20-Mindestbesteuerung

4.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und die Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer (G20) haben im Oktober 2021 ein Projekt verabschiedet, in dem die Regeln zur Besteuerung von grossen Unternehmensgruppen an die Digitalisierung und Globalisierung der Wirtschaft angepasst werden sollen. Die Schweiz hat sich zusammen mit rund 140 Staaten dem Projekt angeschlossen. Die Umsetzung erfordert eine Verfassungsänderung, über die das Volk am 18. Juni 2023 abstimmte.

Bundesrat und Parlament wollen mit der Verfassungsänderung die Mindestbesteuerung von 15 Prozent für grosse international tätige Unternehmensgruppen einführen. Gemäss Schätzungen werden die Einnahmen aus der Ergänzungssteuer im ersten Jahr 1 bis 2.5 Milliarden Franken betragen. 75 Prozent der Einnahmen kommen den Kantonen zugute, 25 Prozent gehen an den Bund. Somit können gemäss Befürwortenden die Einnahmen gezielt dort eingesetzt werden, wo die zusätzliche Steuerbelastung die Standortattraktivität beeinflusst. Würde die Mindestbesteuerung nicht eingeführt, könnten andere Staaten die Differenz zwischen der tieferen Steuerbelastung und den 15 Prozent Mindeststeuer einziehen. Für Bundesrat und Parlament werden damit stabile Rahmenbedingungen, Steuereinnahmen und Arbeitsplätze gesichert. Die Kantone profitieren von den Einnahmen entweder direkt über die Ergänzungssteuer oder durch den Finanzausgleich.

Während sich die SVP, die FDP, die GLP und die Mitte für die Verfassungsänderung aussprachen, ergriff die SP als einzige Partei die Nein-Parole. Die Grünen gaben die Stimmfreigabe. Kritisiert von den Linken wurde insbesondere der Verteilschlüssel der Einnahmen. Sie stören sich daran, dass das Geld unter den Kantonen nicht besser verteilt wird und so indirekt wieder zurück in die Grossunternehmen fliessen würde. Ausserdem argumentieren sie, dass die Mindestbesteuerung ohnehin kommen wird und durch ein Nein eine fairere Verteilung ausgearbeitet werden muss.

Die OECD-Steuerreform wurde mit 78,5 Prozent Ja-Stimmen und in allen Kantonen deutlich angenommen. Somit müssen grosse internationale Konzerne ab Januar 2024 in der Schweiz eine Mindeststeuer von 15 Prozent entrichten.

4.2 Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen

DIE POLITISCHEN EINSTELLUNGEN liefern Hinweise, weshalb die OECD/G20-Mindestbesteuerung so deutlich angenommen wurde (Tabelle 9).

INSGESAMT lehnte keine von uns analysierte politische Untergruppe die Vorlage ab. In den meisten Untergruppen haben sogar mindestens 70 Prozent für die Vorlage gestimmt. Es gibt vereinzelt etwas höhere Nein-Anteile. So hat die SP-Anhängerschaft die Vorlage zu 63 Prozent angenommen. Damit folgte die Mehrheit der Nein-Parole der SP-Delegierten allerdings nicht. Kritischer als die übrigen Gruppen waren auch Personen, die sich links-aussen positionieren. Sie stimmten zu 59 Prozent für die Vorlage. Die Unterstützung der Vorlage durch die Kantone war für den Ausgang der Abstimmung nicht entscheidend. Dennoch kann ihr ein positiver Effekt auf die Ja-Stimmenden zugesprochen werden, der statistisch jedoch nicht signifikant ist.

Im **DETAIL** war für den hohen Ja-Anteil wesentlich, dass über das ganze politische Spektrum Zustimmung erfolgte. Wer sich "links" und nicht "linksuassen" im **POLITISCHEN LINKS-RECHTS-SPEKTRUM** verortet, stimmte bereits zu 76 Prozent für die Vorlage. In der "Mitte" und rechts erreichte die Vorlage über 80 Prozent Ja-Anteil ("Mitte" 84%, "rechts" 83%, "rechtsaussen" 84%).

Hinsichtlich der **PARTEISYMPATHIEN** ergibt sich ein ähnliches Bild: Sympathisierende der Grünen haben mit 71 Prozent Ja gestimmt. GLP-Sympathisierende stimmten zu 90 Prozent für die Vorlage. Ähnlich hoch war die Unterstützung von Sympathisierenden der Mitte (88%), der FDP (87%) und von Personen ohne Parteibindung (84%). Nur leicht kritischer waren Anhängerschaften anderer Parteien (78%) und der SVP (76%). Damit folgte die Parteibasis der SVP schliesslich sehr deutlich der Ja-Parole der SVP-Delegierten, obwohl im Vorfeld teilweise noch Kritik laut wurde.

In Bezug auf das **VERTRAUEN** gibt es einen gewissen Zusammenhang zwischen Vertrauen in die Wirtschaftsverbände, in internationale Konzerne mit Sitz in der Schweiz, in KMU und in die OECD: Wer jeweils einer dieser Organisation eher misstraut, stimmte weniger wahrscheinlich Ja. Dennoch blieb es auch unter Personen, die Wirtschaftsakteuren skeptisch gegenüberstehen, bei Ja-Mehrheiten. Die Gruppen, die gegenüber solchen Akteuren hohes Vertrauen bekundeten, stimmten zu mehr als 80 Prozent für die Vorlage.

WERTEHALTUNGEN können das Stimmverhalten ebenfalls miterklären: Wer mehr Staats-eingriffe in die Wirtschaft wünscht (65%), hat weniger deutlich Ja gestimmt. Gleiches gilt für Personen, die sich höhere Steuern auf hohe Einkommen wünschen (75%).

Tabelle 9: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Standardfehler
total	78.5	1768	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=.21***
linksaussen (0-2)	59	220	± 6.5
links (3-4)	76	362	± 4.4

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramér's V / Standardfehler
Mitte (5)	84	441	± 3.4
rechts (6-7)	83	367	± 3.9
rechtsaussen (8-10)	84	258	± 4.4
Parteisympathie			V=.21***
SVP	76	312	± 4.8
FDP	87	313	± 3.7
Die Mitte	88	195	± 4.6
GLP	90	166	± 4.6
SP	63	296	± 5.5
Grüne	71	152	± 7.2
andere Partei	78	98	± 8.2
Keine	84	110	± 7
Vertrauen in Wirtschaftsverbände			V=.16***
sehr gering bis gering (0-4)	71	692	± 3.4
mittel (5)	82	432	± 3.7
hoch (6-7)	87	350	± 3.6
sehr hoch (8-10)	85	166	± 5.5
Vertrauen in internationale Konzerne mit Sitz in der Schweiz			V=.16***
sehr gering bis gering (0-4)	73	901	± 2.9
mittel (5)	85	425	± 3.4
hoch (6-7)	88	220	± 4.3
sehr hoch (8-10)	88	82	± 7.2
Vertrauen in kleine und mittlere Unternehmen KMU			V=.12***
sehr gering bis gering (0-4)	65	150	± 7.7
mittel (5)	76	342	± 4.6
hoch (6-7)	80	578	± 3.3
sehr hoch (8-10)	82	599	± 3.1
Vertrauen in OECD			V=.08
sehr gering bis gering (0-4)	74	429	± 4.1
mittel (5)	78	443	± 3.9
hoch (6-7)	81	367	± 4
sehr hoch (8-10)	83	212	± 5
Wertehaltung: "eine Schweiz, die sich vermehrt nach aussen öffnet, oder eine Schweiz, die sich vermehrt verschliesst"			V=.04

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramér's V / Standardfehler
vermehrt öffnen	77	887	± 2.8
gemischte Werterhaltung	81	571	± 3.2
vermehrt verschliessen	77	209	± 5.7
Wertehaltung: "eine Schweiz mit mehr Staatseingriffen in die Wirtschaft oder eine Schweiz mit mehr Wettbewerb auf dem Markt"			V=.17***
mehr Staatseingriffe	65	338	± 5.1
gemischte Werterhaltung	82	660	± 2.9
mehr Wettbewerb	83	601	± 3
Wertehaltung: "eine Schweiz, in der die Steuern auf hohe Einkommen erhöht werden, oder eine Schweiz, in der die Steuern auf hohe Einkommen vermindert werden"			V=.08*
Steuern auf hohe Einkommen erhöhen	75	987	± 2.7
gemischte Werterhaltung	83	499	± 3.3
Steuern auf hohe Einkommen vermindern	80	189	± 5.7

Die aufgeführten soziodemographischen Merkmale (Tabelle 10) zeigen nur zwei knapp signifikante Unterschiede, wobei gemäss Cramér's V die Unterschiede (sehr) schwach sind: **GESCHLECHT** und **BESCHÄFTIGUNGSGRAD**.

Aufgeschlüsselt nach Alter schwankt der Ja-Anteil um 77 Prozent, wobei tendenziell jüngere Personen etwas weniger Ja gestimmt haben als Ältere (18-29-Jährige mit 75% Ja-Anteil und 70 Jahre und älter mit 82% Ja-Anteil). Die Unterschiede bewegen sich im Schwankungsbereich der statistischen Unschärfe. Gleiches gilt für das Haushaltseinkommen, denn lediglich in der Tendenz haben Personen aus Haushalten mit tieferen Einkommen etwas weniger deutlich für die Vorlage gestimmt.

Frauen (76%) haben etwas weniger für die Steuerreform gestimmt als Männer (81%). Je höher der Beschäftigungsgrad einer Person ist, desto eher hat sie auch Ja gestimmt.

Tabelle 10: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Total	78.5	1768	
Alter			V=.06
18-29 Jahre	75	156	± 6.8
30-39 Jahre	81	192	± 5.6
40-49 Jahre	75	255	± 5.3

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
50-59 Jahre	77	381	± 4.2
60-69 Jahre	79	371	± 4.2
70 Jahre und älter	82	413	± 3.7
Geschlecht			V=.07*
Frauen	76	907	± 2.8
Männer	81	861	± 2.6
Bildungsgrad			V=.09
ohne nachobligatorische Bildung	78	152	± 6.6
berufliche Grundbildung/Berufslehre	82	543	± 3.2
Maturität/höhere Berufsbildung	76	466	± 3.9
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	79	557	± 3.4
Beschäftigungsgrad			V=.11**
Vollzeit (90-100%)	82	1037	± 2.4
Teilzeit zwischen 70% und 89%	71	279	± 5.3
Teilzeit zwischen 50% und 69%	78	208	± 5.6
Teilzeit weniger als 50%	70	129	± 7.9
Haushaltseinkommen			V=0.1
bis 3'000 CHF	71	76	± 10.3
3'000-5'000 CHF	72	201	± 6.2
5'000-7'000 CHF	76	267	± 5.2
7'000-9'000 CHF	84	280	± 4.3
9'000-11'000 CHF	81	226	± 5.1
über 11'000 CHF	80	471	± 3.6

4.3 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Die **JA-MOTIVE** (Tabelle 11) lassen sich in drei Überkategorien gliedern: "faire Besteuerung" (38% aller Erstnennungen, 55% aller Nennungen), "Zukunftsorientierung" (6% resp. 9%) und "pragmatische Umsetzung" (3% resp. 5%).

Am häufigsten gaben Personen unter der Sammelkategorie **FAIRE BESTEUERUNG** konkret als Ja-Motiv an, dass die Steuern in der Schweiz bleiben respektive die Steuerflucht verhindert wird (13% aller Erstnennungen, 16% aller Nennungen). Ebenfalls von Bedeutung in dieser Kategorie ist die internationale Angleichung der Steuern respektive die Steuererechtigkeit (10% resp. 14%). In die Sammelkategorie der Fairness passen auch die Ja-

Motive, welche die gezielte Besteuerung von international tätigen Unternehmensgruppen positiv beurteilen (6% resp. 9%).

Die zweite Kategorie bezieht sich vor allem auf die **ZUKUNFTSORIENTIERUNG**. Konkret wurden vor allem zwei Ja-Motive in diesem Bereich genannt: Gerechtigkeit/Fairnes für alle sowie, dass in die Schweiz reinvestiert wird.

Als drittes Argument folgt der Bezug zur pragmatischen Umsetzung: Befragte nannten teilweise den politischen Druck aus dem Ausland oder das lösungsorientierte Handeln der Politik als Ja-Motiv oder sie beurteilten den Verteilschlüssel (Bund/Kantone) als zweitrangig.

Tabelle 11: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	n	in %	n
Faire Besteuerung	38	561	55	817
Steuern bleiben in der Schweiz/Steuerflucht verhindern	13	162	16	205
Internationale Angleichung der Steuern/internationale Steuergerechtigkeit	10	170	14	231
Besteuerung Grosskonzerne	6	90	9	129
Zukunftsorientierung	6	96	9	142
Gerechtigkeit/Fairness für alle	5	77	6	106
Re-Investitionen der Steuern in der Schweiz	1	11	1	19
Zukunftsgerichtet	0	1	1	8
Pragmatische Umsetzung	3	42	5	73
Politischer Druck aus dem Ausland	1	19	2	26
Verteilschlüssel zweitrangig	0	5	2	15
Lösungsorientiertes Handeln der Politik	1	13	1	19
Allgemeines (z.B. gute Vorlage, sympathisch)	4	68	6	92
Anderes	0	8	1	11
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	1	5	1	7
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	6	90	9	130
weiss nicht / kein Grund angegeben	42	623	82	1240

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive über 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten notierten häufig mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb höher als 100 Prozent.

Die **NEIN-MOTIVE** bei der OECD/G20-Mindestbesteuerung können in drei Kategorien aufgeteilt werden: "unfaire Verteilung" (25% aller Erstnennungen resp. 30% aller Nennungen), "Steuern" (14% resp. 19%) und "gesellschaftliche Gründe" (8% resp. 12%).

Im Zentrum für das Nein unter dem Aspekt der **UNFAIREN VERTEILUNG** stand die Kritik am Verteilschlüssen Bund/Kantone (18% resp. 21%), wie sie primär von der SP betont wurde. Ausserdem beurteilten einige die Lösung als nicht zu Ende gedacht oder wollten, dass dem Druck vom Ausland standgehalten werden sollte.

Wer mit Bezug zu **STEUERN** sein Nein begründete, wollte die drohende Abwanderung von Unternehmen verhindern oder den interkantonalen Steuerwettbewerb oder die Steuer-souveränität bewahren. Damit folgten Personen mit diesen Motiven eher der Kritik aus dem rechten Lager.

Wiederum eher aus einer linken Gesinnung heraus können **GESELLSCHAFTLICHE GRÜNDE** als Nein-Motive gewertet werden. Befragte gaben dabei als Nein-Motive an, dass die Gesellschaft zu wenig profitiere und die Reichen nur noch reicher würden.

Tabelle 12: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Unfaire Verteilung	25	58	30	71
Verteilschlüssel nicht gut	18	44	21	49
Lösung nicht zu Ende gedacht	3	6	4	10
Druck vom Ausland standhalten	2	4	3	6
Steuern	14	41	19	55
Abwanderung von Unternehmen	5	14	6	16
Interkantonaler Steuerwettbewerb	4	9	5	14
Eingriff auf Steuersouveränität	2	7	3	10
gesellschaftliche Gründe	8	19	12	31
Gesellschaft profitiert zu wenig	5	12	8	20
Die Reichen werden somit noch reicher	3	7	3	8
Allgemeines (z.B. schlechte Vorlage, unsympathisch)	4	13	6	19
Anderes	3	9	6	13
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	2	0	2
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	5	9	8	14
weiss nicht / kein Grund angegeben	40	124	86	240

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive über 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten notierten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten notierten. Das Summentotal ist deshalb höher als 100 Prozent.

4.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Den Befragten wurden auch verschiedene Pro- und Kontra-Argumente zur Beurteilung vorgelegt (Tabelle 13). Relevant für die Analyse dieser Argumente ist nicht nur die Zustimmung oder Ablehnung insgesamt, sondern auch welche Argumente die Ja- und Nein-Stimmenden spalten. Grosse Unterschiede in der Bewertung der Argumente zwischen den beiden Lagern sind Hinweise darauf, dass diese Argumente für den Entscheid besonders relevant waren.

Die Stimmentscheide fielen inhaltlich vergleichsweise wenig fundiert aus⁴: 69 Prozent der Stimmenden waren mit den Pro- oder Kontra-Argumenten im Durchschnitt einverstanden und haben auch entsprechend ihrer argumentativen Haltung gestimmt. Der Grund für den vergleichsweise tiefen Wert ist, dass die Nein-Stimmenden auch den Ja-Argumenten mehrheitlich zustimmten.

INSGESAMT fokussieren die Pro-Argumente auf die Gerechtigkeit, weil sie auf grosse internationale Unternehmensgruppen zielen, auf die zusätzlichen Mittel für den Staat, um den Standort attraktiver zu machen und auf die Verhinderung der Steuerflucht und die höhere internationale Steuergerechtigkeit.

IM DETAIL überzeugten alle drei **PRO-ARGUMENTE** eine Mehrheit der Ja- und sogar der Nein-Stimmenden. Die Stossrichtung der Vorlage war damit nicht einmal auf der Nein-Seite bestritten. 75 Prozent der Stimmbevölkerung beurteilen den Fokus auf Grossunternehmen als gerecht (82% der Ja-Stimmenden und 60% der Nein-Stimmenden). Die am Beispiel von Hochschulen und der Förderung von Forschung und Entwicklung illustrierten Standortinvestitionen dank zusätzlicher Mittel überzeugten 72 Prozent (79% der Ja-Stimmenden und 54% der Nein-Stimmenden). Die Verhinderung der Steuerflucht überzeugte 69 Prozent (75% der Ja-Stimmenden und 53% der Nein-Stimmenden).

Eines der drei **KONTRA-ARGUMENTE** hat die Mehrheit alleine überzeugt. Insgesamt 65 Prozent unterstützen das Argument, die Gesellschaft statt grosse Konzerne sollten von den zusätzlichen Steuern profitieren (65% der Ja-Stimmenden und 73% der Nein-Stimmenden). Das einzige von den Befragten beurteilte Argument, das auch die Mehrheiten unterschied, bezog sich auf die Anheizung des Steuerwettbewerbs wegen des Verteilschlüssels zurück an die Kantone. Insgesamt überzeugte das Argument 44 Prozent der Stimmenden. Bei den Ja-Stimmenden waren es 42 Prozent und bei den Nein-Stimmenden 57 Prozent. In beiden Lagern nicht überzeugend war das Argument, dass die OECD in nicht zu tolerierender Weise in die Steuersouveränität der Schweiz eingreife. Lediglich 17 Prozent unterstützten das Argument (14% der Ja-Stimmenden, 29% der Nein-Stimmenden).

⁴ [Link zu SPSR-Artikel von Milic \(2015\)](#)

Tabelle 13: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		einverstanden	nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Diese Mindeststeuer ist gerecht, weil nur grosse international tätige Unternehmensgruppen davon betroffen sind und sich für kleine und mittlere Unternehmen aus der Schweiz nichts ändert.	total	75	11	14
	Ja-Stimmende	82	8	11
	Nein-Stimmende	60	25	15
Die Steuererhöhung verschafft dem Staat zusätzliche Mittel. Diese kann er dazu nutzen, den Standort Schweiz attraktiver zu machen, zum Beispiel durch den Ausbau von Hochschulen und Förderung von Forschung und Entwicklung.	total	72	14	14
	Ja-Stimmende	79	10	11
	Nein-Stimmende	54	30	16
Die internationale Vereinheitlichung der Mindeststeuer wird die Steuerflucht von grossen Unternehmen in Tiefsteuerländer verhindern. Das stärkt die internationale Steuergerechtigkeit.	total	69	14	18
	Ja-Stimmende	75	10	15
	Nein-Stimmende	53	28	18
Kontra-Argumente				
Es benötigt eine andere Mittelverteilung: Statt Konzerne soll die Bevölkerung davon profitieren.	total	65	16	19
	Ja-Stimmende	65	17	18
	Nein-Stimmende	73	12	14
Weil Kantone mit tiefen Unternehmenssteuern von der Steuererrückzahlung am meisten profitieren, wird nur der interkantonale Steuerwettbewerb angeheizt.	total	44	26	29
	Ja-Stimmende	42	29	29
	Nein-Stimmende	57	21	21
Die OECD-Mindeststeuer ist ein untolerierbarer Eingriff in die Steuersouveränität der Schweiz.	total	17	60	23
	Ja-Stimmende	14	66	20
	Nein-Stimmende	29	48	22

Es handelt sich um gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 75 Prozent aller Stimmenden (sowie 82% aller Ja-Stimmenden bzw. 60% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, dass diese Mindeststeuer gerecht ist, weil nur grosse international tätige Unternehmensgruppen davon betroffen sind und sich für kleine und mittlere Unternehmen aus der Schweiz nichts ändert. 11 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 14 Prozent antworteten mit "weiss nicht / keine Angabe". N für alle Argumente: Total 1'924 Ja-Stimmende 1493, Nein-Stimmende 275.

5 Klima- und Innovationsgesetz

5.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Im November 2019 wurde die Volksinitiative "Für ein gesundes Klima" (Gletscher-Initiative) eingereicht. Die Initiative wollte die Massnahmen, die für die Umsetzung des Pariser Klimaabkommens nötig sind, in die Verfassung aufnehmen. Dem Bundesrat und dem Parlament ging die Initiative zu weit und hat deshalb einen indirekten Gegenvorschlag ausgearbeitet. Gegen das "Bundesgesetz über die Ziele im Klimaschutz, die Innovation und die Stärkung der Energiesicherheit" wurde von der SVP das Referendum ergriffen.

Der indirekte Gegenvorschlag hält am Ziel fest, dass die Schweiz bis 2050 klimaneutral werden muss. Dabei soll der Verbrauch fossiler Energieträger nicht verboten, sondern so weit wie möglich reduziert werden. Hauseigentümerinnen und Hauseigentümer, die auf klimafreundliche Heizungssysteme umstellen, sollen finanziell entlastet werden. Dafür stehen während zehn Jahren jährlich maximal 200 Millionen Franken zur Verfügung. Ausserdem sollen während sechs Jahren die Unternehmen jährlich mit maximal 200 Millionen Franken unterstützt werden, welche in klimafreundliche Technologien investieren. Durch die erhöhte Energieproduktion in der Schweiz soll die Unabhängigkeit von importierten fossilen Energieträgern gestärkt werden. Ausserdem soll der Klimaschutz unterstützt werden ohne Verbote und ohne neue Abgaben.

Das Referendumskomitee warnt vor einem massiv steigenden Strombedarf in der Folge eines Wegfalls von fossilen Energieträgern. Das sei realitätsfremd, lasse die Strompreise explodieren und gefährde die Versorgungssicherheit. Die Gegnerinnen und Gegner der Vorlage beanstanden, dass es keinen Plan für den Mehrbedarf an Strom gäbe und die Umwelt verschandelt werde durch Solarpanels und Windräder. Die SVP, die das Referendum ergriffen hat, spricht sich als einzige grosse Partei gegen das Gesetz aus. FDP, GLP, Die Mitte, SP und Grüne geben die Ja-Parole.

59,1 Prozent der Stimmberechtigten stimmten am 18. Juni 2023 für das Klima- und Innovationsgesetz. Widerstand gab es in der ländlichen Schweiz: Nur die Kantone Uri, Schwyz, Nidwalden, Obwalden sowie Thurgau und Appenzell Innerrhoden haben die Vorlage abgelehnt. Weil das Klimaschutz-Gesetz angenommen wurde, wurde die Gletscher-Initiative definitiv zurückgezogen.

5.2

5.3 Der Stimmenscheid nach politischen und sozialen Merkmalen

INSGESAMT haben sich Personen, die sich polit-ideologisch zwischen "linksaussen" bis in der Mitte positionieren, klar mehrheitlich für das Klima- und Innovationsgesetz ausgesprochen. Von "rechts" bis "rechtsaussen" wurde hingegen mehrheitlich Nein gestimmt, wobei sich Rechts-Einstufende nur knapp mehrheitlich ein Nein in die Urne gelegt haben. Je höher das Vertrauen in umwelt- und klimanahe Akteure ausgeprägt ist, desto höher ist die Wahrscheinlichkeit Ja gestimmt zu haben.

Im **DETAIL** zeigt sich, dass neun von zehn Personen, die sich hinsichtlich der politischen **IDEOLOGIE** als "linksaussen" oder "links" einstufen, Ja gestimmt haben (92% resp. 90% Ja-Anteil). Knapp zwei Drittel der Personen, die sich als in der Mitte befindlich einstufen haben ebenfalls der Vorlage zugestimmt (64% Ja-Anteil). Nur knapp mehrheitlich Nein haben Personen gestimmt, die sich als "rechts" einstufen (48%, Ja-Anteil). Mit grosser Deutlichkeit haben einzig Personen, die sich selbst als "rechtsaussen" einstufen, ein Nein in die Urne gelegt (13% Ja-Anteil).

Die **PARTEIPRÄFERENZEN** spiegeln diese Erkenntnis wider: Lediglich 10 Prozent der Sympathisierenden der SVP haben Ja gestimmt. Parteiungebundene oder Sympathisierende einer anderen Partei haben mehrheitlich ebenfalls Nein gestimmt (45% resp. 47% Ja-Anteil). Sympathisierende der FDP (66%), der Mitte (64%), der GLP (92%), der SP (93%) und der Grünen (96%) haben klar mehrheitlich Ja gestimmt.

Im **VERGLEICH MIT DER ABSTIMMUNG ZUM CO₂-GESETZ** vom 13. Juni 2021 zeigen sich hinsichtlich der politischen **IDEOLOGIE** bei den Personen, die sich in der politischen Mitte oder rechts positionieren, deutliche Unterschiede. Anders als beim Klima- und Innovationsgesetz haben Personen, die sich in der politischen Mitte einstufen das CO₂-Gesetz abgelehnt (41% Ja-Anteil). Ebenso fiel damals der Ja-Anteil bei den Personen, die sich rechts einstuften mit 37 Prozent tiefer aus (-11 Prozentpunkte). Hinsichtlich der **PARTEIPRÄFERENZEN** zeigen sich zwischen den beiden Vorlagen ebenfalls Unterschiede. Die Sympathisierenden der Mitte (47% Ja-Anteil) und der FDP (37% Ja-Anteil) haben am 13. Juni 2021 die CO₂-Vorlage abgelehnt. Beim Klima- und Innovationsgesetz haben sie hingegen ein Ja in die Urne gelegt (Die Mitte: 64% Ja-Anteil, FDP: 66% Ja-Anteil). Die Zustimmung der Sympathisierenden der GLP (+12 Prozentpunkte) und der SP (+20 Prozentpunkte) fällt ebenfalls deutlich stärker aus. Bei den Sympathisierenden der Grünen und der SVP fällt die Zustimmung zu den beiden Vorlagen gleichbleibend aus.

Der Ja-Anteil korreliert auch deutlich mit dem **VERTRAUEN** in verschiedene Akteurinnen und Akteur sowie Institutionen: Personen, mit mittlerem bis sehr hohem Vertrauen in Umweltverbände sowie in Klima-Aktivistinnen und -Aktivisten, haben klar mehrheitlich Ja gestimmt (61%-94% resp. 84%-97%). Ebenfalls ein Ja in die Urne gelegt, haben Personen mit hohem bis sehr hohem Vertrauen in Klimaforscherinnen und -forscher (66% resp. 89%).

Ausserdem haben diejenigen mehrheitlich Ja gestimmt, welche die **WERTEHALTUNG** vertreten, dass der Umweltschutz wichtiger als der wirtschaftliche Wohlstand ist (86% Ja-Anteil). Wird diese Werthaltung zwischen den Abstimmungen zum CO₂-Gesetz und zum

Klima- und Innovationsgesetz verglichen, zeigt sich, dass der Umweltschutz im Jahr 2023 deutlich wichtiger bewertet wird (+15 Prozentpunkte). Zusätzlich fällt die Bewertung der gemischten Werthaltung ebenfalls besser aus (+12 Prozentpunkte). Für den wirtschaftlichen Wohlstand sprechen sich prozentual hingegen fast gleich viele Teilnehmende aus (2021: 23%, 2023: 22%). Somit war in der Abstimmung über das Klima- und Innovationsgesetz "Umweltschutz" wesentlich stärker vertreten als bei der Abstimmung über das CO₂-Gesetz. Personen, die sich eine Schweiz mit mehr Staatseingriffen in die Wirtschaft wünschen (84% Ja-Anteil) oder diesbezüglich eine gemischte Werthaltung vertreten (63% Ja-Anteil), haben ebenfalls klar mehrheitlich für die Vorlage gestimmt. Ein Ja in die Urne gelegt haben zudem Personen, denen Solidarität wichtiger als Eigenverantwortung ist (85% Ja-Anteil) respektive eine gemischte Werthaltung diesbezüglich vertreten (60% Ja-Anteil). Hinsichtlich der Werthaltung zur Atomenergie lassen sich zwei Gruppen bilden. Personen, die sich für eine Schweiz ohne Atomenergie aussprechen (84% Ja-Anteil) oder eine gemischte Werthaltung diesbezüglich vertreten (61% Ja-Anteil), haben Ja gestimmt. Personen, die sich eine Schweiz mit Atomenergie wünschen, haben tendenziell Nein gestimmt (33% Ja-Anteil).

Tabelle 14: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Total	59.1	1800	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=.58***
linksaussen (0-2)	92	231	± 3.6
links (3-4)	90	375	± 3
Mitte (5)	64	447	± 4.5
rechts (6-7)	48	364	± 5.1
rechtsaussen (8-10)	13	256	± 4.1
Parteisympathie			V=.68***
SVP	10	319	± 3.2
FDP	66	304	± 5.3
Die Mitte	64	198	± 6.7
GLP	92	166	± 4.1
SP	93	308	± 2.9
Grüne	96	160	± 3
andere Partei	47	101	± 9.8
keine	45	117	± 9
Vertrauen in Umweltverbände			V=0.6***
sehr gering bis gering (0-4)	22	560	± 3.4
mittel (5)	61	343	± 5.2
hoch (6-7)	79	405	± 4

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
sehr hoch (8-10)	94	433	± 2.2
Vertrauen in Klimaforscherinnen und -forscher			V=.66***
sehr gering bis gering (0-4)	11	353	± 3.3
mittel (5)	43	244	± 6.2
hoch (6-7)	66	340	± 5.1
sehr hoch (8-10)	89	813	± 2.1
Vertrauen in Klima-Aktivistinnen und -Aktivisten			V=.52***
sehr gering bis gering (0-4)	40	1056	± 3
mittel (5)	84	249	± 4.5
hoch (6-7)	96	231	± 2.6
sehr hoch (8-10)	97	215	± 2.4
Wertehaltung: "eine Schweiz, in der Umweltschutz wichtiger ist als der wirtschaftliche Wohlstand, oder eine Schweiz, in der wirtschaftlicher Wohlstand wichtiger ist als der Umweltschutz"			V=0.5***
Umweltschutz wichtiger	86	717	± 2.5
gemischte Wertehaltung	50	704	± 3.7
wirtschaftlicher Wohlstand wichtiger	22	267	± 4.9
Wertehaltung: "eine Schweiz mit mehr Staatseingriffen in die Wirtschaft oder eine Schweiz mit mehr Wettbewerb auf dem Markt"			V=.33***
mehr Staatseingriffe	84	349	± 3.9
gemischte Wertehaltung	63	679	± 3.6
mehr Wettbewerb	41	603	± 3.9
Wertehaltung: "eine Schweiz, in der die Solidarität wichtiger ist als die Eigenverantwortung, oder eine Schweiz, in der die Eigenverantwortung wichtiger ist als die Solidarität?"			V=.41***
Solidarität wichtiger	85	76	± 8.1
gemischte Wertehaltung	60	193	± 6.9
Eigenverantwortung wichtiger	34	248	± 5.9
Wertehaltung: "eine Schweiz mit Atomenergie, oder eine Schweiz ohne Atomenergie"			V=.47***
mit Atomenergie	33	621	± 3.7
gemischte Wertehaltung	61	352	± 5.1
ohne Atomenergie	84	715	± 2.7

INSGESAMT haben die Subgruppen gemäss soziodemografischen Merkmalen mehrheitlich Ja gestimmt (Tabelle 15). Ausnahme bilden Personen ohne nachobligatorische Bildung und mit beruflicher Grundausbildung/Berufslehre.

IM DETAIL fällt bei den **FRAUEN** die Zustimmung zur Vorlage deutliche höher aus als bei den Männern (63% resp. 55% Ja-Anteil). Die tiefste Zustimmung über alle Altersgruppen hinweg lässt sich bei den 60- bis 69-Jährigen festhalten (51% Ja-Anteil). Ein hoher Bildungsgrad und ein hohes Einkommen sprechen tendenziell eher für ein Ja.

Tabelle 15: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	n	Cramérs V / Standardfehler
Total	59.1	1800	
Alter			V=0.1*
18-29 Jahre	60	164	± 7.5
30-39 Jahre	65	200	± 6.6
40-49 Jahre	66	264	± 5.7
50-59 Jahre	55	388	± 5
60-69 Jahre	51	369	± 5.1
70 Jahre und älter	60	415	± 4.7
Geschlecht			V=.09**
Frauen	63	919	± 3.1
Männer	55	881	± 3.3
Bildungsgrad			V=.31***
ohne nachobligatorische Bildung	44	160	± 7.7
berufliche Grundbildung/Berufslehre	44	548	± 4.2
Maturität/höhere Berufsbildung	59	476	± 4.4
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	80	566	± 3.3
Haushaltseinkommen			V=.17***
bis 3'000 CHF	50	79	± 11.1
3'000-5'000 CHF	51	211	± 6.8
5'000-7'000 CHF	52	266	± 6
7'000-9'000 CHF	68	289	± 5.4
9'000-11'000 CHF	61	233	± 6.3
über 11'000 CHF	70	469	± 4.2

5.4 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Die **JA-MOTIVE** (Tabelle 16) lassen sich in drei Überkategorien gliedern. Die am häufigsten genannten Argumente für ein Ja finden sich unter dem Titel "Umweltschutz" (37% der Erstnennungen resp. 51% aller Nennungen). Die anderen beiden thematischen Achsen betreffen "proaktive Klimapolitik" (13% resp. 21%) und der Gedanke an die "nächste Generation" (11% resp. 19%).

Beim Hauptargument **UMWELTSCHUTZ** geht es vorrangig um die Dringlichkeit und den Handlungsbedarf (18% resp. 22%). Der Umwelt- und Klimaschutz als Gesamtes wird ebenfalls als Zustimmungsargument für die Vorlage genannt (9% resp. 12%). Als spezifischer Teilaspekt dieses Arguments wird der Klimawandel erwähnt (5% resp. 6%). Beim Aspekt **PROAKTIVE KLIMAPOLITIK** wurde am häufigsten von Ja-Stimmenden genannt, dass lieber kleine Schritte als gar keine Schritte in die richtige Richtung erfolgen sollen (4% resp. 7%). Darüber hinaus wird das Einhalten des (Pariser) Klimaabkommens (3% resp. 3%) und der Anspruch "Handeln statt Reden" (2% resp. 3%) von den Befürwortenden genannt. Ein weiteres Argument ist der **GEDANKE AN DIE NÄCHSTE GENERATION**. Hier nennen Ja-Stimmende unter anderem, dass durch ein Ja die nächste Generation geschützt wird (7% resp. 11%). Weitere Punkte sind, dass wir nur einen Planeten zum Leben haben (2% resp. 4%) und die Schweiz eine Vorbildrolle einnehmen soll (1% resp. 2%).

Tabelle 16: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Umweltschutz	37	431	51	580
dringend handeln	18	197	22	239
Umwelt-/Klimaschutz	9	107	12	139
Klimawandel	5	55	6	63
Proaktive Klimapolitik	13	148	21	232
lieber kleine Schritte als gar keine Schritte	4	38	7	61
(Pariser) Klimaabkommen einhalten	3	28	3	38
Handeln statt Reden (z.B. jetzt oder nie)	2	25	3	37
nächste Generation	11	141	19	236
nächste Generationen schützen	7	92	11	137
nur ein Planet	2	29	4	49
Schweiz als Vorbild	1	10	2	26

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Allgemeines (z.B. gute Vorlage, sympathisch)	7	72	11	111
Anderes	3	44	9	123
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	1	6	1	8
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	2	24	5	53
weiss nicht / kein Grund angegeben	26	367	68	892

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Bei den **NEIN-MOTIVEN** standen drei Argumente im Vordergrund (Tabelle 17): Die Nein-Stimmenden verweisen auf die Kostenproblematik (18% aller Erstnennungen resp. 34% aller Nennungen), auf die politischen Herausforderungen der Vorlage (18% resp. 29%) und auf ein gegensätzliches Verständnis rund um das Thema Umwelt (14% resp. 27%).

Am häufigsten wurden die **KOSTEN KRITISIERT**: Diese Kritik konkretisiert sich hierbei in den folgenden drei Aussagen: Die Annahme der Vorlage führt zu höheren Strompreisen (8% resp. 12%). Das Kosten-Nutzen-Verhältnis ist im Ungleichgewicht (5% resp. 10%). In Konsequenz davon entsteht eine Strommangellage (4% resp. 8%). Die zweite Gruppe von Nein-Motiven stellt **POLITISCHE HERAUSFORDERUNGEN** ins Zentrum. Die Energiepolitik bewegt sich laut den Nein-Stimmenden in die falsche Richtung (6% resp. 11%). Zudem sprechen sie sich generell gegen Verbote durch die Politik aus (8% resp. 11%). Das Ausmass der aktuellen Gesetzgebung wird als ausreichend bewertet (1% resp. 2%). Die dritte Gruppe von Nein-Motiven betrifft die **UMWELT**. Die Nein-Stimmenden argumentieren damit, dass die Schweiz zu klein ist, um etwas zu bewirken und ein Alleingang der Schweiz bewirkt nichts (7% resp. 13%). Darüber hinaus sind sie der Meinung, dass die Klimadebatte auf falschen Fakten basiert (2% resp. 5%). Ebenfalls wird der Klimawandel als übertriebene Hysterie verstanden (2% resp. 4%).

Tabelle 17: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Kostenproblematik	18	100	34	184
erhöhter Strompreis	8	36	12	57
Kosten-Nutzen-Verhältnis stimmt nicht	5	31	10	53
Strommangel	4	25	8	48
Politische Herausforderungen	18	106	29	172

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
falsche Richtung in der Energiepolitik	6	39	11	71
gegen Verbote durch die Politik	8	40	11	59
derzeitige Gesetzgebung genügt bereits	1	8	2	13
Umwelt	14	73	27	133
Schweiz ist zu klein um etwas zu bewirken/Schweizer Alleingang bringt nichts	7	37	13	62
Klimadebatte basiert auf falschen Fakten	2	11	5	26
Hysterie um Klimawandel übertrieben	2	9	4	19
Allgemeines (z.B. schlechte Vorlage, unsympathisch)	15	84	21	111
Anderes	5	32	15	82
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	0	0	0	0
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	1	5	1	8
weiss nicht / kein Grund angegeben	29	167	67	392

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

5.5 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Tabelle 18 zeigt den Grad der Zustimmung und Ablehnung der Befragten zu Argumenten, wobei auch zwischen Ja- und Nein-Stimmenden unterschieden wird. Je grösser diese Unterschiede ausfallen, desto eher waren sie bei der Abstimmung über das Klima- und Innovationsgesetz entscheidungsrelevant.

INSGESAM überzeugten Pro-Argumente deutlich besser als Kontra-Argumente. Alle drei Pro-Argumente fanden unter den Stimmenden mehrheitliche Zustimmung. Bei den Kontra-Argumenten erreichte keines eine mehrheitliche Zustimmung.

Die **PRO-ARGUMENTE** erhalten in der gesamten Stimmbevölkerung mehrheitliche Zustimmung: 64 Prozent finden, dass es für eine langfristig sichere Energieversorgung notwendig und sinnvoll ist, wenn die Schweiz die Abkehr von den fossilen Energieträgern vorantreibt. Ebenfalls finden 61 Prozent, dass die Vorlage die richtigen Anreize setzt und die Bevölkerung und die Wirtschaft beim nötigen Umstieg auf klimafreundlichere Heizungen unterstützt, ohne sie mit zusätzlichen Steuern zu belasten. Eine knappe Mehrheit (52%) stimmt dem Argument zu, dass die Schweiz durch die Annahme der Vorlage unabhängiger von Energieimporten aus dem Ausland wird.

Von den drei **KONTRA-ARGUMENTEN** hat keines eine Mehrheit erreicht. Die höchste Zustimmung der Kontra-Argumente erhält das Kosten-Argument. 45 Prozent der Stimmbevölkerung finden, dass das Klima-Gesetz zu stark steigenden Strompreisen führt und somit

zu tausenden Franken Mehrkosten pro Haushalt im Jahr. 39 Prozent stimmen dem Argument betreffend Verschärfung der Energiekrise und des Strommangels zu. Lediglich 27 Prozent befürchten eine Verschandelung der Landschaft durch Solarpanel und Windräder. Dieses Argument erhält über alle Argumente hinweg die geringste Zustimmung.

Tabelle 18: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		einverstanden	nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Für eine langfristig sichere Energieversorgung ist es notwendig und sinnvoll, dass die Schweiz die Abkehr von den fossilen Energieträgern vorantreibt.	Total	64	28	8
	Ja-Stimmende	88	7	5
	Nein-Stimmende	33	58	9
Die Vorlage setzt die richtigen Anreize und unterstützt die Bevölkerung und die Wirtschaft beim nötigen Umstieg auf klimafreundlichere Heizungen, ohne sie mit zusätzlichen Steuern zu belasten.	Total	61	28	11
	Ja-Stimmende	88	5	8
	Nein-Stimmende	25	63	12
Die Schweiz ist auf Energieimporte angewiesen, auch aus Ländern mit unzuverlässigen und unberechenbaren Regierungen. Mit dem Klima-Gesetz wird sie von solchen Ländern unabhängiger.	Total	52	36	12
	Ja-Stimmende	70	20	10
	Nein-Stimmende	27	60	13
Kontra-Argumente				
Das Klima-Gesetz führt zu stark steigenden Strompreisen und somit zu tausenden Franken Mehrkosten pro Haushalt im Jahr.	Total	45	43	11
	Ja-Stimmende	21	67	12
	Nein-Stimmende	79	12	9
Die vorgesehenen Massnahmen verschärfen die Energiekrise und den Strommangel.	Total	39	49	12
	Ja-Stimmende	16	72	12
	Nein-Stimmende	73	17	10
Die Verschandelung der Landschaft durch Solarpanels und Windräder ist inakzeptabel.	Total	27	67	6
	Ja-Stimmende	12	83	5
	Nein-Stimmende	48	47	5

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 64 Prozent aller Stimmenden (sowie 88% aller Ja-Stimmenden bzw. 33% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, für eine langfristig sichere Energieversorgung ist es notwendig und sinnvoll, dass die Schweiz die Abkehr von den fossilen Energieträgern vorantreibt. 28 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 8 Prozent antworteten mit "weiss nicht / keine Angabe". N für alle Argumente: Total 1'924 Ja-Stimmende 1'233, Nein-Stimmende 567.

6 Covid-19-Gesetz

6.1 Die Ausgangslage, Vorlage und Empfehlungen

Das Parlament hat bestimmte Massnahmen des Covid-19-Gesetzes vom 16. Dezember 2022 bis Mitte 2024 verlängert. Dagegen wurde das Referendum ergriffen, weshalb die Schweizer Stimmbevölkerung am 18. Juni 2023 bereits zum dritte Mal über das Gesetz abstimmen konnte.

Die Pandemie hat sich zwar abgeschwächt, dennoch könnte sich die Situation beispielsweise durch eine neue Virusvariante wieder verschlimmern. Durch die Verlängerung einzelner Massnahmen, können die Behörden im Notfall schnell handeln, um besonders gefährdete Personen und das Gesundheitssystem zu schützen. So können weiterhin Medikamente gegen schwere Covid-Erkrankungen auch ohne Schweizer Zulassung importiert werden. Es können Covid-Zertifikate insbesondere für Auslandsreisen eingeführt werden, und Arbeitgeber können verpflichtet werden, vulnerable Personen zu schützen. Bundesrat und Parlament wollen damit im Notfall auf bewährte Instrumente zurückgreifen können, um die Pandemie zu bekämpfen.

Für das Referendumskomitee, allen voran bestehend aus Mitgliedern der Bewegungen "Mass-Voll" und "Freunde der Verfassung", ist die Pandemie beendet und somit die Verlängerung des Covid-19-Gesetzes nutzlos. Insbesondere äussern sie sich gegen die mögliche Zertifikatspflicht. Es werde damit ermöglicht, jederzeit wieder diskriminierende Massnahmen einzuführen, welche die Gesellschaft spalten.

Die SVP unterstützte das Referendum. Alle anderen grösseren Parteien sprachen sich für ein Ja zum Covid-19-Gesetz aus.

Deutliche 61,9 Prozent der Schweizer Stimmbevölkerung stimmten für das Covid-19-Gesetz. Nur in den Kantonen Obwalden, Schwyz und Appenzell Innerrhoden überwogen die Nein-Stimmen.

6.2 Der Stimmentscheid nach politischen und sozialen Merkmalen

INSGESAMT hat sich das Abstimmungsverhalten nach politischen und sozialen Merkmalen gegenüber der letzten Abstimmung zum Covid-19-Gesetz im November 2021 wenig verändert. Weiterhin wurde das Gesetz von Personen von "linksaussen" und "links" sehr deutlich sowie von "Mitte" und "rechts" deutlich angenommen. Einzig, wer sich selber als "rechtsaussen" einstuft hat das Gesetz abgelehnt. Das Bild bestätigt sich anhand der entsprechenden Partei-Sympathien: Nur die Anhängerschaft der SVP hat das Gesetz mehrheitlich abgelehnt. Dazu kommen diejenigen, welche einer kleineren Partei oder gar keiner Partei sympathisch gegenüberstehen. Weiter ist auch das Vertrauen in Institutionen ein starker Indikator: Wer dem Bundesrat, den Medien und dem BAG vertraut, hat das Covid-19-Gesetz angenommen. Wer hingegen (sehr) geringes Vertrauen in diese Akteure hat, hat es abgelehnt. Genau umgekehrt verhält es sich beim Vertrauen in den Verein "Mass-Voll": Hier führt geringes Vertrauen zu einem höheren Ja-Anteil. Personen mit der Werthaltung, dass der Sozialstaat möglichst gering ausgebaut ist, dass die

Kantone mehr Macht haben sollen sowie, dass die Eigenverantwortung wichtiger ist als die Solidarität, haben mehrheitlich Nein gestimmt.

Im **DETAIL** zeigt sich, dass Personen von links aussen (86% Zustimmung) und von links (84%) die Vorlage extrem deutlich angenommen haben. Im polit-ideologischen Zentrum hat ebenfalls eine klare Mehrheit Ja gestimmt (68% Ja-Anteil). Dazu kommen Personen mit Selbsteinschätzung im rechten Spektrum (54%) mit einer knapperen Mehrheit an Ja-Stimmenden. Rechts aussen wurde die Vorlage hingegen ebenso deutlich abgelehnt (28% Ja-Anteil). Entsprechend zeigen sich diese Anteile auch aufgeschlüsselt nach Parteisympathie. Grüne (84% Zustimmung), SP (89%) und GLP-Sympathisierende (89%) haben jeweils extrem klar Ja gestimmt. Aber auch in der Anhängerschaft der Mitte (72%) und in jener der FDP (78%) haben rund drei Viertel die Vorlage angenommen. Dem gegenüber stehen die Anhängerschaft der SVP (22% Ja-Anteil) sowie die Sympathisantinnen und Sympathisanten anderer Parteien (44%) und die Stimmberechtigten ohne klare Parteisympathie (48%), die das Covid-19-Gesetz ebenfalls abgelehnt haben.

Aufgeschlüsselt nach **WERTEHALTUNGEN** zeigt sich ebenfalls eine klare Polarisierung: Stimmberechtigte, die einen gering ausgebauten Sozialstaat bevorzugen (36% Zustimmung), die mehr Macht für die Kantone wünschen (37%) sowie die Eigenverantwortung gegenüber der Solidarität stärker gewichten (40%), haben die Vorlage klar abgelehnt.

Tabelle 19: Stimmverhalten nach politischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramérs V / Standardfehler
Total	61.9	1804	
Links-Rechts-Selbsteinstufung (0-10)			V=.42***
linksaussen (0-2)	86	230	± 4.5
links (3-4)	84	369	± 3.7
Mitte (5)	68	449	± 4.3
rechts (6-7)	54	367	± 5.1
rechtsaussen (8-10)	28	259	± 5.5
Parteisympathie			V=.55***
SVP	22	316	± 4.6
FDP	78	309	± 4.6
Die Mitte	72	199	± 6.3
GLP	89	166	± 4.8
SP	89	311	± 3.5
Grüne	84	152	± 5.8
andere Partei	44	95	± 10
keine	48	116	± 9.1
Vertrauen in Bundesrat			V=.44***

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
sehr gering bis gering (0-4)	23	229	± 5.5
mittel (5)	48	297	± 5.7
hoch (6-7)	65	468	± 4.3
sehr hoch (8-10)	83	754	± 2.7
Vertrauen in Medien			V=.43***
sehr gering bis gering (0-4)	42	806	± 3.4
mittel (5)	75	418	± 4.2
hoch (6-7)	86	366	± 3.6
sehr hoch (8-10)	93	155	± 4
Vertrauen in Bundesamt für Gesundheit BAG			V=.57***
sehr gering bis gering (0-4)	20	362	± 4.2
mittel (5)	52	297	± 5.7
hoch (6-7)	72	426	± 4.3
sehr hoch (8-10)	90	687	± 2.2
Vertrauen in Mass-Voll			V=.29***
sehr gering bis gering (0-4)	69	879	± 3.1
mittel (5)	43	188	± 7.1
hoch (6-7)	52	72	± 11.6
sehr hoch (8-10)	22	63	± 10.4
Wertehaltung: "eine Schweiz mit einem stark ausgebauten Sozialstaat oder eine Schweiz mit einem gering ausgebauten Sozialstaat"			V=.31***
stark ausgebauter Sozialstaat wichtiger	77	857	± 2.8
gemischte Wertehaltung	55	637	± 3.9
gering ausgebauter Sozialstaat wichtiger	36	206	± 6.6
Wertehaltung: "eine Schweiz, in der der Bund mehr Macht hat, oder eine Schweiz, in der die Kantone mehr Macht haben"			V=.36***
Bund mehr Macht	83	458	± 3.5
gemischte Wertehaltung	67	748	± 3.4
Kantone mehr Macht	37	440	± 4.5
Wertehaltung: "eine Schweiz, in der die Solidarität wichtiger ist als die Eigenverantwortung, oder eine Schweiz, in der die Eigenverantwortung wichtiger ist als die Solidarität?"			V=.36***
Solidarität wichtiger	83	534	± 3.2

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
gemischte Werterhaltung	64	638	± 3.7
Eigenverantwortung wichtiger	40	478	± 4.4

Die aufgeführten soziodemographischen Merkmale (Tabelle 20) zeigen, dass sich die Zustimmung nach **ALTER**, **BILDUNG** und **EINKOMMEN** unterscheidet. Das **GESCHLECHT** hat hingegen keinen statistisch signifikanten Einfluss auf das Stimmverhalten.

INSGESAMT sind Personen ohne nachobligatorische Bildung die einzige untersuchte soziodemografische Untergruppe, die das Covid-19-Gesetz mehrheitlich abgelehnt hat. Während die Zustimmung in der Tendenz mit steigender Bildung und steigendem Einkommen zunimmt, gibt es bezüglich des Alters kein klares Muster.

Im **DETAIL** zeigt sich, dass die Jüngsten (18-29-Jährige mit 59%) sowie Personen zwischen 50 und 70 Jahren (50-59-Jährige mit 55% und 60-69-Jährige mit 56%) die Vorlage weniger klar angenommen haben als Personen zwischen 30 und 50 Jahren (64%) sowie die über 70-Jährigen (71%), welche die Vorlage am deutlichsten angenommen haben. Das Covid-19-Gesetz wurde zwar in allen **EINKOMMENSSCHICHTEN** angenommen allerdings sind die Zustimmungswerte ab einem Haushaltseinkommen von 7'000 CHF höher als darunter. Die **BILDUNG** der Stimmberechtigten wirkt sich deutlich auf das Stimmverhalten aus. Während Personen ohne nachobligatorischer Bildung das Covid-19-Gesetz abgelehnt haben (46% Zustimmung), steigt der Ja-Stimmen-Anteil mit steigendem Bildungsniveau stetig an. Bei Personen mit Berufslehre beträgt er 55 Prozent, bei Personen mit Matura 60 Prozent und unter Personen mit tertiärer Bildung 78 Prozent.

Tabelle 20: Stimmverhalten nach soziodemographischen Merkmalen (in % der materiell Stimmenden)

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Total	61.9	1804	
Alter			V=.13***
18-29 Jahre	59	171	± 7.4
30-39 Jahre	64	196	± 6.8
40-49 Jahre	64	261	± 5.8
50-59 Jahre	55	382	± 5
60-69 Jahre	56	374	± 5
70 Jahre und älter	71	420	± 4.4
Geschlecht			V=.04
Frauen	64	931	± 3.1
Männer	60	873	± 3.2

Merkmale	Ja (in %) (gewichtet)	N	Cramér's V / Standardfehler
Bildungsgrad			V=.22***
ohne nachobligatorische Bildung	46	163	± 7.7
berufliche Grundbildung/Berufslehre	55	554	± 4.1
Maturität/höhere Berufsbildung	60	476	± 4.4
Fachhochschule/Uni/ETH/Doktorat	78	557	± 3.5
Haushaltseinkommen			V=.12*
bis 3'000 CHF	56	82	± 10.8
3'000-5'000 CHF	57	214	± 6.7
5'000-7'000 CHF	57	264	± 6
7'000-9'000 CHF	69	283	± 5.4
9'000-11'000 CHF	64	231	± 6.2
über 11'000 CHF	69	466	± 4.2

6.3 Die Motive

Die wichtigsten Gründe für ein Ja bzw. ein Nein wurden mit einer offenen Frage erhoben. Die **JA-MOTIVE** (Tabelle 21) lassen sich grob in drei Überkategorien gliedern: Die Stärkung der Demokratie (29% der Erstnennungen resp. 40% aller Nennungen), gesundheitliche Aspekte (10% resp. 14%) und auf Grund der Solidarität (7% resp. 15%).

Bei den drei Hauptkategorien wurden gewisse Argumente besonders häufig genannt: In der Kategorie **DEMOKRATIE STÄRKEN** sind dies, dass mit dem Gesetz die nötige Gesetzes- und Handlungsgrundlage für den Bundesrat geschaffen wird (19% resp. 25%) sowie dass hier ein Lob für die gute Arbeit des Bundesrats ausgesprochen wird (6% resp. 8%). Bei den **GESUNDHEITLICHEN ASPEKTEN** ist der Schutz der gefährdeten Personen im Notfall zentral (7% resp. 9%).

Die Ja-Stimme aus **SOLIDARITÄT** wird mit dem Zeichensetzen gegen Covid-Skeptiker und -Skeptikerinnen (3% resp. 9%) sowie mit der Zufriedenheit über die Bewältigung der Pandemie (2% resp. 4%) begründet.

Tabelle 21: Entscheidungsgründe Pro (in % der Ja-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Demokratie stärken	29	350	40	483
nötige /Gesetzes-/Handlungs-)Grundlage für Bundesrat	19	227	25	285
Bundesrat macht einen guten Job	6	72	8	106

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
braucht klare Führung während Pandemien	1	13	1	21
gesundheitliche Aspekte	10	121	14	171
Schutz im Notfall (z.B. gefährdete Personen schützen)	7	82	9	112
Import Medikamente vereinfachen	0	7	1	17
Solidarität	7	89	15	166
als Zeichen gegen COVID-Skeptikerinnen/-Skeptiker	3	40	9	89
Zufriedenheit mit Bewältigung der Pandemie	2	29	4	46
Solidarität mit anderen Personen (z.B. aus hart betroffenen Branchen)	0	4	1	10
Allgemeines	11	152	15	191
Anderes	0	4	1	8
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	1	18	2	30
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	4	49	5	59
weiss nicht / kein Grund angegeben	37	514	77	1031

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

Bei den **NEIN-MOTIVEN** gibt es ebenfalls drei zentrale Aspekte: Die Gefahr für die Demokratie (37% aller Erstnennungen resp. 56% aller Nennungen), die Kosten (4% resp. 8%) sowie kritische Aussagen rund um die Corona-Pandemie (9% resp. 18%) werden hier genannt.

Am häufigsten wurde als Nein-Argument genannt, dass **DIE VORLAGE EINE GEFAHR FÜR DIE DEMOKRATIE** sei: Zentral war hierbei das Motiv, dass das Gesetz veraltet und die Pandemie beendet ist (14% resp. 16%). Ebenso wurde das Nein mit dem Ablehnen von Bevormundung (8% resp. 13%) und dem Missbrauchspotenzial (4% resp. 7%) begründet. Unter den Aussagen zur **PANDEMIE**, wurde die Impfung bzw. ein Impfzwang (4% resp. 9%) am häufigsten genannt. Eine Diskriminierung oder eine Entwicklung in Richtung einer Zweiklassen-Gesellschaft wurde ebenfalls von einigen Nein-Stimmenden befürchtet (3% resp. 5%). Nennungen, die auf eine Verharmlosung der Pandemie abzielen, wurden minderheitlich getätigt (1% resp. 2%).

KOSTEN-MOTIVE wurden nur noch von wenigen Nein-Stimmenden genannt. Dieser Aspekt hat bei der dritten Abstimmung zum Covid-19-Gesetz an Bedeutung verloren.

Tabelle 22: Entscheidungsgründe Kontra (in % der Nein-Stimmenden)

Gründe	Erstnennungen		alle Nennungen	
	in %	N	in %	n
Demokratie in Gefahr	37	176	56	267
Gesetz ist veraltet/Pandemie ist beendet	14	70	16	83
weniger Bevormundung	8	34	13	57
Missbrauchspotenzial (z.B. Diktatur-Vorwurf)	4	16	7	29
Kosten	4	16	8	30
Kosten zu hoch	0	14	3	14
Gelder anderweitig investieren	1	4	1	4
Corona-Pandemie	9	38	18	83
Impfungen/Impfzwang (z.B. Sorge vor Impfzwang)	4	38	9	38
Diskriminierung/Zweiklassen-Gesellschaft	3	24	5	24
Verharmlosung der Corona-Pandemie	1	10	2	10
Allgemeines (z.B. schlechte Vorlage, unsympathisch)	14	72	19	96
Anderes	1	7	3	21
offensichtlich falsche Antworten / Verwechslungen	1	4	1	6
Empfehlungen (aus Politik, Verwandtschaft etc.)	1	3	1	5
weiss nicht / kein Grund angegeben	33	191	74	378

Gewichtete Resultate. Aufgrund von Rundungen kann die Summe aller Motive leicht über oder unter 100 Prozent zu liegen kommen. Die Befragten nannten zuweilen mehr als ein Motiv und wurden unabhängig davon stets auch noch nach weiteren Gründen befragt. Die beiden letzten Spalten berücksichtigen alle Motive, welche die Befragten angegeben haben. Das Summentotal ist deshalb auch höher als 100 Prozent.

6.4 Die Resonanz der Abstimmungsargumente

Tabelle 23 zeigt den Grad der Zustimmung und Ablehnung der Befragten zu den Argumenten, wobei auch zwischen Ja- und Nein-Stimmenden unterschieden wird. Je grösser diese Unterschiede ausfallen, desto eher waren sie bei der Abstimmung über das Covid-19-Gesetz entscheidungsrelevant.

Die Stimmentscheidung war insgesamt stark fundiert: Die Pro-Argumente wurden jeweils von 88 Prozent oder mehr der Ja-Stimmenden geteilt. Die Kontra-Argumente dagegen erfahren ein etwas leicht schwächere (zwischen 77 und 85% der Nein-Stimmenden) Unterstützung.

INSGESAMT vermochten die Pro-Argumente die Stimmberechtigten eher zu überzeugen als die Kontra-Argumente, wobei aber auch eines der Kontra-Argumente eine Mehrheit fand.

Die **PRO-ARGUMENTE** waren alle mehrheitsfähig und erreichten Zustimmungswerte im Total von knapp zwei Dritteln. Am meisten Zustimmung fanden die Argumente, dass dank dem Gesetz neue Medikamente rasch zur Verfügung gestellt werden können (65% Zustimmung total, 88% bei Ja-Stimmenden und 29% bei Nein-Stimmenden) sowie, dass es für die Einreise in gewisse Länder ein Covid-Zertifikat braucht und mit diesem Gesetz eine entsprechende Gesetzesgrundlage hierfür geschaffen wird (65% Zustimmung total). Auch das dritte Argument, wonach das Covid-19-Gesetz sich bewährt hat und im Notfall sinnvoll sein kann, vermag eine Mehrheit zu überzeugen (63% total), wobei dies für die Nein-Stimmenden besonders wenig gilt (18% Zustimmung bei den Nein-Stimmenden).

Von den drei zur Beurteilung vorgelegten **KONTRA-ARGUMENTE** erreichte nur eines eine Mehrheit (59%) während die anderen beiden jeweils nur klare Minderheiten überzeugen konnten (37% resp. 35%). Eine Mehrheit findet, dass es höchste Zeit ist, dass die direkte Demokratie vollständig wiederhergestellt wird. Auch im Ja-Lager kann diese Aussage eine relevante Minderheit ansprechen (59% Zustimmung total, 44% Ja-Stimmende, 85% Nein-Stimmende). Auf der anderen Seite können die beiden Argumente, dass die Möglichkeit wieder ein Zertifikat oder andere diskriminierende Zwangsnahmen einführen zu können, die Grundrechte verletzt (37% total) sowie, dass das Covid-19-Gesetz niemanden schützt (35% total) jeweils nur rund 10 Prozent der Ja-Stimmenden überzeugen.

Tabelle 23: Pro- und Kontra-Argumente im Total und die Anteile der Ja- und Nein-Stimmenden (in %)

Pro-Argumente		einverstanden	nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Neue Medikamente können dank dem Gesetz rasch zur Verfügung gestellt werden. Das schützt Personen, die ein erhöhtes Risiko haben, schwer zu erkranken.	Total	65	23	12
	Ja-Stimmende	88	3	9
	Nein-Stimmende	29	58	12
Weil die Schweiz international vernetzt ist und gewisse Länder bei der Einreise wieder Covid-Zertifikate verlangen könnten, braucht es die Gesetzesgrundlage für ein sicheres, international anerkanntes Zertifikat.	Total	65	25	11
	Ja-Stimmende	90	2	8
	Nein-Stimmende	26	62	12
Das Gesetz hat sich in Ergänzung zum Epidemien-gesetz bewährt und kann im Notfall wieder sinnvoll sein.	Total	63	27	10
	Ja-Stimmende	92	1	7
	Nein-Stimmende	18	70	11

Kontra-Argumente		einverstanden	nicht einverstanden	weiss nicht / keine Angabe
Es ist höchste Zeit, dass die direkte Demokratie vollständig wiederhergestellt wird. Der Ausnahmezustand muss eine Ausnahme bleiben.	Total	59	28	13
	Ja-Stimmende	44	43	13
	Nein-Stimmende	85	7	8
Die Möglichkeit, jederzeit wieder ein Zertifikat oder andere diskriminierende Zwangsmassnahmen einführen zu können, verletzt die Grundrechte und schafft eine Zweiklassengesellschaft.	Total	37	53	9
	Ja-Stimmende	11	82	8
	Nein-Stimmende	80	12	8
Das Covid-Gesetz schützt niemanden, denn die Massnahmen haben sich nicht bewährt. Das Epidemien-gesetz bietet ausreichenden Schutz.	Total	35	52	13
	Ja-Stimmende	8	80	12
	Nein-Stimmende	77	12	10

Gewichtete Resultate. Angegeben sind Zeilenprozente. Aufgrund von Rundungen betragen die Zeilentotale nicht überall 100 Prozent. Lesebeispiel zum ersten Argument: 65 Prozent aller Stimmenden (sowie 88% aller Ja-Stimmenden bzw. 29% aller Nein-Stimmenden) pflichteten dem Pro-Argument bei, dass neue Medikamente dank dem Gesetz rasch zur Verfügung gestellt werden können. 23 Prozent aller Stimmenden zeigten sich damit nicht einverstanden und 12 Prozent antworteten mit "weiss nicht / keine Angabe". N für alle Argumente: Total 1'924 Ja-Stimmende 1'297, Nein-Stimmende 507.

7 Anhang

7.1 Technischer Bericht

Der hier vorliegende VOX-Bericht beruht auf der Nachbefragung zur eidgenössischen Abstimmung vom 18. Juni 2023, die das Forschungsinstitut gfs.bern im Auftrag der Schweizerischen Bundeskanzlei realisiert hat. Die Befragung wurde zwischen dem 19. Juni und dem 10. Juli 2023 durchgeführt. Nachfolgende Tabelle liefert eine Übersicht über die technischen Eckwerte der Studie:

Tabelle 24: Technischer Kurzbericht

Merkmal	Ausprägung
Auftraggeber	Schweizerische Bundeskanzlei
Grundgesamtheit	Stimmberechtigte mit Wohnsitz in der Schweiz
Herkunft der Adressen	Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen SRPH Bundesamt für Statistik BFS
Datenerhebung	Papierfragebogen und Online
Art der Stichprobenziehung geschichtet nach	at random Sprachregionen, Alter, Geschlecht
Befragungszeitraum	19. Juni bis 10. Juli 2023
Stichprobengrösse	minimal 3'000 effektiv 3'143 (Papier: 1'285 Online: 1'858) n DCH: 1'879 n FCH: 879 n ICH: 385 (Papier: n DCH: 720 n FCH: 391 n ICH: 174) (online: n DCH: 1'159 n FCH: 488 n ICH: 211)
Stichprobenfehler	± 1.7 Prozentpunkte bei einem Wert von 50% (und 95%iger Wahrscheinlichkeit)

7.1.1 Datenerhebung

Die Datenerhebung erfolgte mit einem Mixed-Mode-Setting (Online- oder Papierfragebogen). Am Tag nach der Abstimmung erhalten die Zielpersonen aus der Bruttostichprobe ein postalisches Einladungsschreiben zur Teilnahme an der Befragung. Dem Einladungsschreiben wird ein Papierfragebogen beigelegt, um den Zielpersonen eine wahlweise Teilnahme auf diesem Weg zu ermöglichen.

Rund eine Woche nach Eintreffen des Einladungsschreibens wird ein Erinnerungsschreiben an alle Zielpersonen versendet, die bis dahin den Fragebogen weder online noch schriftlich ausgefüllt haben.

7.1.2 Bruttostichprobe

Grundlage der Erhebung bildet eine Stichprobe aus dem Stichprobenrahmen für Personen- und Haushaltserhebungen (SRPH) des Bundesamtes für Statistik (BFS). Der Stichprobenrahmen verwendet Daten aus den Einwohnerregistern der Gemeinden und der Kantone, die quartalsweise aktualisiert werden. So wird eine umfassende Abdeckung der Zielpopulation (Schweizer Stimmberechtigte) gewährleistet.

Die Bruttostichprobe wird nach Sprachregionen, Alter und Geschlecht geschichtet. Die Grundgesamtheit wird dabei in drei sprachregionale Schichten unterteilt (D/F/I), aus denen je unabhängige Zufallsstichproben gezogen werden. Die so resultierende Gesamtstichprobe ist disproportional geschichtet: Teilnehmende aus der französischen und italienischen Schweiz sind in der Stichprobe überproportional vertreten, um ausreichend Fälle aus diesen Sprachregionen in der Befragung zu erfassen. So sind Aussagen auch für die kleineren Sprachregionen statistisch verlässlich. Ein designbasiertes Gewichtungsverfahren korrigiert dieses Übergewicht in der späteren Auswertung der Daten für nationale Aussagen (siehe 7.1.4 Gewichtung).

Von den beim BFS bestellten 7'500 Adressen haben wir 7'538 erhalten sowie eine nicht verwendete Reserve von 1'573 Adressen. Diese Adressen bilden die Grundlage für die Befragung.

7.1.3 Nettostichprobe

Die durch die Umfrage generierte Nettostichprobe der VOX-Analyse zur Abstimmung vom 18. Juni umfasst insgesamt 3'143 Befragte (Ausschöpfung: 43%), wovon rund 60 Prozent aus der Deutschschweiz (n=1'879), rund 28 Prozent aus der französischsprachigen Schweiz (n=879) und rund 12 Prozent aus der italienischen Schweiz (n=385) stammen.

Tabelle 25: Ausschöpfung der Adressen

Merkmal	N
Bruttostichprobe SRPH	7'538
Postretouren/verstorbene Zielpersonen	74
total gültige Adressen	7'464
Verweigerung/Abmeldungen	54
total realisierte Interviews	3'209
keine Rückmeldung trotz Erinnerungsschreiben	4'255
Löschungen aus Qualitätsgründen	66
final verwendete Interviews	3'143

Diejenigen, die an der Abstimmung teilgenommen haben, sind in der Stichprobe deutlich übervertreten, die Abweichung (+19,7 Prozentpunkte) bewegt sich aber im bekannten Rahmen (siehe andere VOX-Analysen). Die Abweichung zwischen ungewichteter Stichprobe und effektivem Resultat gemessen am Ja-Anteil beträgt +5,9 Prozentpunkte bei der OECD/G20-Mindestbesteuerung, +9,4 Prozentpunkte beim Klima- und Innovationsgesetz und +10,0 Prozentpunkte beim Covid-19-Gesetz.

Die erhobenen Daten wurden durch gfs.bern validiert und plausibilisiert. 66 Interviews genügten den Qualitätsansprüchen nicht und wurden aus dem finalen Datensatz entfernt.

Offene Fragen wurden entlang eines qualitativ erstellten Codebuchs automatisch gestützt codiert. Im finalen Datensatz sind die codierten Antworten wie auch die Originalnennungen der Befragten enthalten.

Die Daten wurden vor der Auswertung anonymisiert. Alle Angaben zur konkreten Person und zum Wohnort wurden aus Gründen des Datenschutzes vernichtet.

Der anonymisierte Datensatz zur vorliegenden VOX-Analyse sowie das dazugehörige Codeschema sind bei Swissvotes ([Swissvotes.ch](https://www.swissvotes.ch)) frei zugänglich.

7.1.4 Gewichtung

In einem ersten Schritt wird die Nettostichprobe als Gesamtes in einem designbasierten Gewichtungsverfahren gewichtet. Im Zentrum dieser designbasierten Gewichtung steht die Korrektur des Oversamplings in der französisch- und italienischsprachigen Schweiz.

In einem zweiten Schritt wird die "Unit Non Response" (das heisst fehlende Fälle) adressiert. Die Gewichtung wird dazu anhand soziodemographischer, geographischer und politischer Merkmale (namentlich Alter, Geschlecht, Sprache, Kanton, Parteipräferenz, Beteiligung und Stimmverhalten) kalibriert, sodass die Nettostichprobe der Schweizerischen Grundgesamtheit entspricht. Hierfür wird ein automatisiertes Gewichtungsschema gewählt, in dem die Gewichtung nach vordefinierten Kriterien hinsichtlich der maximalen Abweichung maschinell erstellt wird. Die Häufigkeit sowie Reihenfolge der verschiedenen Gewichtungsschritte erfolgt rein auf Basis quantitativer Kennzahlen, d.h. maximalen Abweichungen.

Ein spezieller Fokus wird auf die Gewichtung der Abstimmungsbeteiligung gelegt. Für die möglichst optimale Modellierung der Beteiligung wird nicht nur auf Realdaten der Abstimmung zurückgegriffen, sondern zusätzlich auf historische Beteiligungsdaten nach Alter, Geschlecht und Sprachregion.

Mittels maschinellern Lernen werden in einem dritten Schritt die Zusammenhänge zwischen Abstimmungsteilnahme und -verhalten sowie demographischen Merkmalen identifiziert. Die Schätzung der Zusammenhänge erlaubt eine Projektion der Erkenntnisse auf die Daten der schweizerischen Strukturerhebung. Innerhalb dieser Daten sind Auswertungen auf der kleinsten geographischen Einheit (Gemeindeebene) möglich. Anschliessend wird mittels "One-Hot-Encoding" anhand der relativen Schätzungen zu

Teilnahme und Stimmverhalten sowie realen Gemeindedaten die wahrscheinlichste Verteilung von individueller Abstimmungsbeteiligung und Stimmverhalten bestimmt.

Die Gewichtung der ausgewählten demographischen und politischen Messgrößen in den gesammelten Daten wird schliesslich in einem vierten Schritt anhand dieser Strukturdaten vollzogen. Der Aufbau der Strukturdaten erlaubt es, die politische Gewichtung nicht rein auf Basis geografischer Merkmale durchzuführen. Vielmehr können durch die vorhandenen Merkmale definierte Personengruppen entsprechend ihren modellierten Werten gewichtet werden.

Die Gewichtung der Vorlage mit der höchsten Stimmbeteiligung dient als Gewichtung für Auswertungen über den gesamten Datensatz. Für Vorlagen-spezifische Auswertungen werden die jeweiligen Gewichtungen verwendet.

7.1.5 Auswertung und Standardfehler

Befragungswerte unterliegen stets einem Zufallsfehler. In der VOX-Analyse wird für jeden ermittelten Wert das 95 Prozent-Konfidenzintervall ausgewiesen. Dieses gibt die Bandbreite an, innerhalb welcher der wahre Wert in der Grundgesamtheit mit einer Wahrscheinlichkeit von 95 Prozent zu liegen kommt.

Das Konfidenzintervall ist vom Stichprobenumfang wie auch der Verteilung der Variablenwerte abhängig. Bei einem ausgeglichenen Verhältnis von Ja- und Nein-Stimmenanteilen (d.h. einem Anteil von 50 % Ja-Stimmen und 50 % Nein-Stimmen) und einem Stichprobenumfang von rund 1'000 Befragten beträgt der Standardfehler ± 3.2 Prozentpunkte. Mit anderen Worten: Der tatsächliche Stimmenanteil würde in diesem Beispiel mit einer 95-Prozent-Wahrscheinlichkeit zwischen 46.8 und 53.2 Prozent (Konfidenzintervall) liegen.

Die Länge des Konfidenzintervalls erhöht sich mit abnehmender Befragtenzahl. Vor allem bei kleinen Subgruppen erhöht sich der Standardfehler auf ein Mass, welches die statistische Aussagekraft der Stichprobenwerte erheblich beeinträchtigt.

Tabelle 26: Standardfehler

ausgewählte statistische Standardfehler nach Stichprobengrösse und Basisverteilung			
Stichprobengrösse		Standardfehler Basisverteilung	
		50% zu 50%	20% zu 80%
N =	3'000	± 1.8 Prozentpunkte	± 1.4 Prozentpunkte
N =	2'200	± 2.1 Prozentpunkte	± 1.7 Prozentpunkte
N =	1'000	± 3.2 Prozentpunkte	± 2.5 Prozentpunkte
N =	600	± 4.1 Prozentpunkte	± 3.3 Prozentpunkte
N =	100	± 10.0 Prozentpunkte	± 8.1 Prozentpunkte
N =	50	± 14.0 Prozentpunkte	± 11.5 Prozentpunkte
Lesebeispiel: Bei rund 1'000 Befragten und einem ausgewiesenen Wert von 50 Prozent liegt der effektive Wert zwischen 50 Prozent ± 3.2 Prozentpunkte, bei einem Basiswert von 20 Prozent zwischen 20 Prozent ± 2.5 Prozentpunkte. Dabei setzt man in der Umfrageforschung zumeist ein Sicherheitsmass von 95 Prozent, das heisst man akzeptiert eine Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent, dass der nachgewiesene statistische Zusammenhang so in der Bevölkerung nicht vorhanden ist. Die Zahlenwerte basieren auf der Varianzformel für einfache Zufallsstichproben.			

Bei der Analyse des Stimmentscheides wurden immer nur die Unterschiede im materiellen Entscheid, d.h. zwischen Ja- und Nein-Stimmenden untersucht. Jene, die leer einlegten bzw. sich nicht erinnern konnten, wurden nicht berücksichtigt.

Als Beziehungsmass für bivariate Beziehungen wurde der Koeffizient Cramer's V verwendet. Bei diesem Koeffizienten kann bei einem Wert von Null von keinem Zusammenhang und bei einem Wert von Eins von einem vollständigen Zusammenhang ausgegangen werden (grosse Effektstärke gilt ab $V = 0.5$, mittlere Effektstärke ab $V = 0.3$ und kleine Effektstärke bis $V = 0.1$). Die Werte für unterschiedliche bivariate Beziehungen lassen sich allerdings nicht direkt vergleichen, da die Berechnung von Cramer's V von der Anzahl Merkmalskategorien und der Fallzahl abhängt.

7.2 Über die Studie

7.2.1 Das VOX-Projekt heute

Nach jeder eidgenössischen Abstimmung führt gfs.bern im Auftrag der Bundeskanzlei eine repräsentative Umfrage durch und befragt rund 3'000 zufällig ausgewählte Stimmberechtigte. Es interessieren die Motive der Stimmberechtigten für und gegen die Teilnahme und für die Entscheide. Im Vorfeld jeder Abstimmung erstellt gfs.bern in Zusammenarbeit mit Dr. Sébastien Salerno den Fragebogen für die VOX-Umfrage. Das Rückgrat dieses Fragebogens bilden die Fragebogen früherer VOX-/VOTO-Nachanalysen. Um den Wert der Datenreihe zu erhalten, werden nur vorlagenspezifische Fragen (z.B. Argumente für oder gegen eine Vorlage) jedes Mal neu formuliert. Die Ausarbeitung des Fragebogens liegt ausschliesslich in der Kompetenz von gfs.bern.

Seit November 2020 wird die Befragung online und auf Papierfragebogen durchgeführt. Zuvor wurden die Daten telefonisch bei jeweils 1'500 Stimmberechtigten erhoben. Inhaltlich stehen Fragen zur Abstimmungsteilnahme, zu den Stimmentscheiden und zu den Argumenten im Zentrum. Darüber hinaus werden Werthaltungen und Angaben zur Mediennutzung bei Abstimmungen erfragt. Den Abschluss jeder Befragung bilden statistische Fragen (z.B. Bildungs- und Zivilstand, Herkunft, Wohnverhältnisse etc.), weil man um die Wichtigkeit solcher Variablen für politisches Entscheidverhalten weiss.

Nach Abschluss der Befragung werden sämtliche Daten anonymisiert. Weder Namen noch Adressen oder Geburtsdaten sind im Datensatz für die Analyse verfügbar. Die Kontaktdaten der Studienteilnehmenden werden nach Abschluss der Befragung gelöscht. Rückschlüsse auf einzelne Personen sind daher nicht möglich. Die Daten werden in anonymisierter Form veröffentlicht und können bei [Swissvotes](#) frei heruntergeladen werden. Die alten VOX-Datensätze sind demnächst ebenfalls verfügbar auf [Swissvotes](#); die alten VOX-Berichte sind es bereits.

7.2.2 Wer finanziert die VOX-Studien

Die Schweizerische Bundeskanzlei finanziert die VOX-Studien. Sie hat im Namen des Bundesrates eine öffentliche Ausschreibung gemacht und daraufhin das Forschungsinstitut gfs.bern beauftragt, die Umfragen für die laufende Legislatur durchzuführen.

Weitere Informationen finden sich auf vox.gfsbern.ch.

7.3 gfs.bern-Team

LUKAS GOLDER

Co-Leiter und Präsident des Verwaltungsrats gfs.bern, Politik- und Medienwissenschaftler, MAS FH in Communication Management, NDS HF Chief Digital Officer, Dozent an der Hochschule Luzern und dem KPM Universität Bern

✉ lukas.golder@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

integrierte Kommunikations- und Kampagnenanalysen, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen / Medienwirkungsanalysen, Jugendforschung und gesellschaftlicher Wandel, Abstimmungen, Wahlen, Modernisierung des Staates, gesundheitspolitische Reformen

Publikationen in Sammelbänden, in Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet

TOBIAS KELLER

Projektleiter, Kommunikationswissenschaftler, Dr. phil.

✉ tobias.keller@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

politische Kommunikation, Wahlen, Abstimmungen, (digitale) Kampagnen, Issue Monitoring, Image- und Reputationsanalysen, Medienanalysen, Digitalisierung, Social Media, computergestützte Methoden, quantitative Analysen

Publikationen in internationalen und nationalen Fachmagazinen, in der Tagespresse und im Internet

MARCO BÜRGI

Projektleiter

✉ marco.buergi@gfsbern.ch



Schwerpunkte:

Abstimmungen, Wahlen, Issue Monitoring, politische Einstellungen



CORINA SCHENA

Junior Projektleiterin

✉ corina.schena@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Wahlen, Abstimmungen, Gesundheitspolitik, Gesundheitskampagnen, Image- und Reputationsanalysen, qualitative und quantitative Methoden sowie Moderation



RONJA BARTLOME

Data Scientist

✉ ronja.bartlome@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen, Recherchen, quantitative und qualitative Methoden



ALESSANDRO PAGANI

Stage Data Science

✉ alessandro.pagani@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Datenanalyse, Programmierungen, Visualisierungen, Recherchen, quantitative und qualitative Methoden



MARGRET TSCHANZ

Projektmitarbeiterin/ Administration

✉ margret.tschanz@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Recherchen, Lektorate, Visualisierungen, Projektadministration



ROLAND REY

Projektmitarbeiter/ Administration

✉ roland.rey@gfsbern.ch

Schwerpunkte:

Desktop-Publishing, Visualisierungen, Projektadministration,
Vortragsadministration

gfs.bern ag
Effingerstrasse 14
CH – 3011 Bern
+41 31 311 08 06
info@gfsbern.ch
www.gfsbern.ch

Das Forschungsinstitut gfs.bern ist Mitglied des Verbands Schweizer Markt- und Sozialforschung und garantiert, dass keine Interviews mit offenen oder verdeckten Werbe-, Verkaufs- oder Bestellabsichten durchgeführt werden.

Mehr Infos unter www.schweizermarktforschung.ch

 **SWISS INSIGHTS**
Institute Member

gfs.bern 